

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Volk und Welt' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen', 'Aus der Himmels', 'Frauenstimme', 'Der Kinderfreund', 'Jugend-Vorwärts' und 'Bild in die Arbeiterwelt' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 24. September 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Stressemanns Rückkehr.

Poincaré redet Montag über die Unterredung von Thoiry.

Reichsaußenminister Dr. Stressemann ist gestern nachmittag in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Weichmann und des Leiters der Reichspressstelle, Ministerialdirektors Dr. Kiep, mit dem jahresplanmäßigen Genfer D-Zug um 5 Uhr auf dem Anhalter Bahnhof eingetroffen.

Hindenburgs Dank an Stressemann.

WIB. Weidert: Der Herr Reichspräsident empfing heute nachmittag 6 Uhr den Reichsaußenminister Dr. Stressemann zum Bericht über die Genfer Verhandlungen.

Bevorstehende Rede Poincarés.

Die Richtlinien einstimmig im Kabinett gebilligt.

Paris, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Poincaré hat am Donnerstag dem Ministerrat die Richtlinien seiner politischen Rede unterbreitet, die er am Montag bei der Eröffnung des Generalkonvents seines Departements in Bar-le-Duc zu halten beabsichtigt.

Rücktritt Kondylis.

Eine Botschaft an das griechische Volk.

Athen, 23. September. (WIB.) Ministerpräsident Kondylis führt in einer Botschaft an das Volk, in der er seinen Entschluß kundgibt, sich endgültig aus dem politischen Leben zurückzuziehen und bei den nächsten Wahlen nicht zu kandidieren.

De Rivera will noch bleiben.

Weniger Generalé in den Ruhestand versetzt.

Paris, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Der spanische Diktator erklärt in einer Unterredung mit einem französischen Journalisten, daß der jetzige Finanzminister Calvo Sotelo zum Präsidenten der verfassungsgebenden spanischen Nationalversammlung ernannt werden würde.

Der König hat ein Dekret unterzeichnet, durch das neun Artillerie-Generale wegen Teilnahme an der Meuterei in den Ruhestand versetzt werden.

Billigung, die seine Rede im Ministerrat gefunden hat, wird man schließen können, daß er nichts zu sagen gedenkt, was die Fortführung der deutsch-französischen Verhandlungen zu beeinträchtigen geeignet wäre.

Brüsseler Echo.

Brüssel, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsch-französischen Besprechungen werden in Belgien mit gespanntem Interesse verfolgt. Ueber die Haltung der belgischen Regierung ist bisher nichts Bestimmtes bekannt geworden.

Die liberale 'Independance Belge', die dem früheren Außenminister und jetzigen Justizminister Hymans nahesteht, meint, die belgische Regierung werde demnächst eingeladen werden, an den deutsch-französischen Besprechungen teilzunehmen.

Völkerbundstagung noch in der nächsten Woche?

Genf, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Da die heutige Vollsitzung der Völkerbundsversammlung die Abrüstungsfrage nicht zu Ende beraten konnte und die nächste Vollsitzung erst zu morgen nachmittag einberufen ist, ist es sehr fraglich, ob die Völkerbundsversammlung ihre Arbeiten am Sonnabend wird erledigen können und nicht auf die nächste Woche hinausgeschoben wird.

Vor den Gemeindewahlen in Belgien.

Die Sozialisten einig. — Die Sanierungskrise noch nicht vorüber.

Brüssel, 23. September. (Eigener Bericht.) Am 10. Oktober finden in ganz Belgien die Gemeindewahlen statt. Der Wahlkampf hat nunmehr mit voller Kraft eingesetzt.

Über schon jetzt sehen sich die gegnerischen Parteien, darunter vor allem auch die Kommunisten, die gelegentlich dieser Wahlen eine große Kraftanstrengung beabsichtigen, gezwungen, diese Hoffnungen sehr stark herabzuschrauben.

In einer großen Wählerversammlung in einer Brüsseler Vorstadt sprach Arbeitsminister Genosse Wauters anlässlich der bevorstehenden Wahlen über die finanzielle Lage. Er erklärte, die Regierung habe die Gewißheit, in kurzer Zeit die Finanzstabilisierung erfolgreich durchführen zu können.

Sozialisten im Völkerbund.

Mitarbeit notwendig.

Von Louis de Broquère.

An der gegenwärtigen Völkerbundstagung in Genf nehmen zehn Sozialisten als Delegierte teil. Zehn auf mehr als 200 Vertreter ist sicherlich nicht viel, und zweifellos steht diese Ziffer in keinem Verhältnis zu der tatsächlichen Stärke des Sozialismus in der Welt.

Von den zehn Delegierten vertritt ein einziger eine sozialistische Regierung, zwei sind für Regierungen delegiert, an der Sozialisten beteiligt sind, während die Parteien der restlichen sieben ausschließlich in der Opposition gegen ihre Regierung stehen.

Innerhalb weniger Jahre ist Genf das Zentrum der Weltpolitik geworden und wird es sicherlich nach dem Eintritt Deutschlands noch mehr werden. Der Völkerbund umfaßt heute schon sämtliche Staaten Europas, da Spanien selbst ihm formell noch angehört, und höchstwahrscheinlich seinen Platz wieder einnehmen wird.

Der Völkerbund bildet das große internationale Verwaltungszentrum, in das alle Informationen münden und wo die Zusammenfassung der so zahlreichen Dienstzweige erfolgt, die tausendertei Einzelheiten im Völkerleben regeln.

Es ist für jede dieser Fragen eine Partei vorhanden, die zu kämpfen, edlen und fruchtbaren Lösungen drängt. Leider findet sich auch eine andere Partei, die mächtig ist und die kaum von den Wegen der Vergangenheit abgeht.

Es ist ebenso selbstverständlich, daß ein Delegierter wie jeder Parteigenosse den Kontakt mit den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse aufrechterhalten muß und es wäre zu wünschen, daß dieser Kontakt die Organisationen ihrerseits dazu veranlassen würde, für die Arbeiten des Völkerbundes ein immer größeres und immer aktiveres Interesse zu zeigen.

Es ist um den Frieden der Welt um vieles besser stehen.

## Deutschnationaler Schmutz.

### Ein Rückfall in die Methoden der Mordhetze.

Die deutschen und die französischen Nationalisten haben sich während der Genfer Verhandlungen die Bälle zugeworfen, um den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu sabotieren, um gegen die verantwortlichen Staatsmänner zu hegen und das Werk der deutsch-französischen Verständigung zu stören.

Die französischen Heher lobten Stresemann als Redner, die deutschen Briand. Dann schrien sie: die Deutschen loben Briand, also ist Briand ein Verräter — und: die Franzosen loben Stresemann, also ist Stresemann ein Verräter.

Nun legt die „Kreuz-Zeitung“ dies laubere Handwerk fort. Diesmal arbeitet sie nicht mit der Gegenüberstellung Briand—Stresemann, sondern mit der Gegenüberstellung Briand—Otto Braun. Sie schreibt:

„Wir haben unter Erstaunen seinerzeit ausgesprochen, als Staatssekretär Weismann als „Fachmann“ mit nach Genf ging, und uns gefragt, was er dort tun soll. Die „Germania“ plaudert nun in einer Charakteristik, die ihr Genfer Korrespondent von den einzelnen Mitgliedern der deutschen Delegation gibt, offen aus, daß Herr Weismann über die Polizeistärke mit den Franzosen verhandelt habe. Wichtiger scheint uns aber die Mitteilung, daß Herr Weismann auch von Briand empfangen worden ist. Bei dieser Gelegenheit soll Briand sich wohl informiert gezeigt und mit anerkennenden Worten für das sieben Jahre alte Ministerium Braun nicht geizig haben. Auf so viel Gnade werden die Herren Braun—Seering wohl nur dadurch antworten können, daß sie getreulich die französischen Wünsche betr. die Polizei erfüllen. Wir haben es wirklich herrlich weit gebracht in Preußen. Daß Herr Briand das heutige Regime in Preußen gefällt, glauben wir wohl. Nur steht leider der Geschmack des Herrn Briand im umgekehrten Verhältnis zu der Auffassung derjenigen, die ein starkes und diszipliniertes Preußen für die notwendigste Grundlage unserer Befreiung halten. An sich ist es allerdings nichts Neues, daß unsere Sozialdemokratie sich der französischen Gunst aus begreiflichen Gründen erfreut.“

Es ist die alte infame Methode: Gestern war Herr Stresemann ein Landesverräter, heute ist es wieder die Sozialdemokratie. Was bisher für die Befreiung der besetzten Gebiete erreicht wurde, ist erreicht worden durch die Sozialdemokratie gegen die Deutschnationalen. Den Deutschnationalen bleibt nur die Beschimpfung der wahren Patrioten.

## Russischer Krach.

### Kommunistenbuzen untereinander und Monarchistenbuzen untereinander.

In der russischen kommunistischen Partei wird ein erbitterter Fraktionskampf ausgefochten. Das russische Volk und sein Geschick sind Objekte dieses Kampfes. Der Fraktionskampf greift auf alle Parteien der kommunistischen Internationale über, er tobt in Berlin so gut wie in Moskau.

Die russischen Monarchisten sehen diesem Kampf mit illusionären Hoffnungen zu. In ihren Illusionen glauben sie der Macht näher zu kommen. Je mehr sie es glauben, um so erbitterter wird ihr Fraktionskampf: Nikolai Nikolajewitsch gegen den Prätendenten „Zaren Kryll“.

Der kommunistische Fraktionskrach tobt in der „Roten Fahne“, der russisch-monarchistische Fraktionskrach in der „Kreuz-Zeitung“. Die „Rote Fahne“ ist das Organ des legitimen Diktators Stalin gegen die illegitime Opposition um Sinowjew, die „Kreuz-Zeitung“ macht sich zum Organ des legitimen Zaren Kryll gegen den illegitimen Prätendenten Nikolai Nikolajewitsch. Es ist also Vorsorge genug getroffen, daß das deutsche Publikum den Krach des amtlichen und lebendigen Russland und den Krach

des emigrierten verfaulten monarchistischen Russland erfährt.

Die Krachs sind so ähnlich! Der legitime Diktator Stalin herrscht mit eiserner Faust und beschuldigt die Opposition der Reaktion, für den „legitimen Zaren Kryll“ proklamiert die „Kreuz-Zeitung“ das Prinzip der eisernen Faust:

„In der Geschichte der Welt aber und gleicherweise in der Geschichte Russlands hatten in Zeiten der Unmögliche oder des Ueber-ganges immer nur scharf umrissene Ziele und die Politik der eisernen Faust Erfolg.“

Dafür beschuldigt sie den illegitimen Prätendenten der Reaktion:

„Die breiten monarchistisch gesinnten Massen des russischen Volkes und die erhebliche Anzahl gleichgesinnter Emigranten haben längst erkannt, daß die Vertreter der schärfsten Reaktion im Lager des Großfürsten Nikolai zu suchen sind. Ihre Hoffnungen konzentrierten sich auf den legitimen Zaren, der mit jenen ehemaligen Größen und ihren Plänen durchaus nichts zu schaffen hat und zu schaffen haben will.“

Es ist der echte Kommunistentracy — nur auf der anderen extremen Seite. Man nennt sich gegenseitig Verräter, man beschuldigt sich gegenseitig reaktionärer Besinnung und niedriger Absichten. Der Sprachgebrauch ist überaus ähnlich:

„Großfürst Nikolai scheidet als Kronprätendent vollkommen aus; zwischen ihm und dem Zarenthron stehen noch acht, zur legitimen russischen Thronfolge berechtigte Mitglieder des Hauses Romanow. Er ist nichts weiter als der politische Parteführer einer Fraktion, die in der Hauptsache die eigenen Klassen- und Vermögensinteressen im Auge hat. Das Bemerkenswerte aber ist die ähäre Orientierung dieser Fraktion, deren Bonzen sich in Paris, Prag und Warschau aufhalten.“

So liest man in der „Kreuz-Zeitung“, Krach bei den russischen Kommunisten, Krach bei den russischen Monarchisten. Es geht nicht ohne Krach.

## Ueberall kommunistische Zerfetzung.

### Neurat an der Spitze der linken Opposition in der tschechischen Partei.

Prag, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Zerfetzungsprozess des Bolschewismus, der von Russland ausgehend, sich zunächst in Deutschland ausgewirkt hat, ergreift nunmehr auch die große kommunistische Partei in der Tschechoslowakei. Im Reichenberger Kreis, der Hochburg der Kommunisten im deutschen Gebiet der tschechischen Republik, hat sich unter Führung des Kreissekretärs Kreuz, der bei der Parteespaltung seinerzeit eine große Rolle spielte, eine Fraktion gebildet, die mit Sinowjew sympathisiert. Kreuz hielt geheime Konferenzen ab, in denen er die offene Spaltung betrieb. Wie jetzt bekannt wird, hat die oppositionelle Bewegung bereits größere Ausdehnung angenommen. An ihrer Spitze steht tatsächlich der erste Theoretiker der KPD, Neurat, der nicht nur die Bolschewisierung der tschechischen Partei leitete und die rechten Elemente aus der Partei geworfen hat, sondern eine Zeitlang auch der Kommissar der Komintern für die kommunistische Partei Oesterreichs war. Da der Führer der Partei, Schmeral, der seit je sehr weit rechts stand, vor einigen Wochen aus Moskau zurückgekehrt ist und die Zügel fest in der Hand hat, ist um so eher anzunehmen, daß der Konflikt zum Ausschluß der linken Elemente führen wird.

## Die „Schwarze Reichswehr“ beleidigt! Eine Berliner Gerichtsentscheidung.

Eine bekannte Berliner Gerichtskorrespondenz weiß folgendes zu melden:

Wegen Beleidigung der Schwarzen Reichswehr und der Reichswehr überhaupt hatte sich gestern der Arbeiter Nicolaus vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten. In angetrunkenem Zustande war er aus einem Hause in Reutbahn herausgekommen und hatte ausgerufen: „Nieder mit der Schwarzen Reichswehr, diesen Wörtern, schämen sollte man sich, eine solche Uniform zu tragen.“ Da er diese Ruße

im Vorbeirennen an einem Reichswehrsoldaten ausgestoßen hatte, bezog dieser es auf sich und veranlaßte die Feststellung des Demonstranten. Obwohl der Angeklagte bestritt, auch die Reichswehr im allgemeinen gemeint zu haben, hielt ihn das Schöffengericht doch in vollem Umfange für schuldig und verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 50 Reichsmark. Mit Rücksicht auf die Vermögenslage des Angeklagten, der jetzt arbeitslos ist, wurde ihm die Abzahlung der Strafe in Raten von monatlich 5 M. bewilligt. Den beleidigten Parteien — Schwarze Reichswehr und Reichswehr — wurde die Befugnis zuerkannt, das Urteil an der Gerichtsstelle zum Aushang zu bringen.

O weiser und gerechter Richter! Dein Name sollte nicht untergehen, obwohl ihn die Korrespondenz verschweigt. Daß du die Schwarze Reichswehr, die nach amtlichen Gutachten nie existiert hat und sicher nicht mehr als existierend gilt, trotzdem „beleidigt“ sein läßt, das ist schon viel. Aber unendlich wertvoller ist es, daß du die nicht existierende und nicht existierende Schwarze Reichswehr ermächtigt, das Urteil an der Gerichtsstelle auszuhängen! Ein Urteil, das einem angeblich nicht Vorhandenen gerichtlich Lebensodem einhaucht!

## Verkrachter Bürgerblock.

### Keine bürgerlichen Einheitslisten in Sachsen.

Dresden, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Deutschnationalen, Volksparteier und Wirtschaftsparteier verbreiten folgende Erklärung:

„Die drei genannten Parteien sind darin einig, daß der Gedanke einer bürgerlichen Einheitsliste wegen grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten und vor allem angesichts der erwiesenen Unmöglichkeit, sämtliche Parteien und Gruppen zusammenzufassen, nicht weiter verfolgt werden kann. Sie sind aber weiter darüber einig, daß die Gruppen, die sich um die Einheitsliste bemüht haben, insbesondere die drei genannten Parteien, nach wie vor bestrebt sein müssen, alles daran zu setzen, um eine nichtsozialistische Mehrheit im bevorstehenden Landtagswahlkampf zu erlangen.“

Damit ist der sächsische Bürgerblock, der von gewissen reaktionären Stellen schon vor Wochen als vollzogene Tatsache hingestellt wurde, endgültig gescheitert. Das bedeutet zu gleicher Zeit eine schwere Niederlage für die vaterländischen Verbände, von denen die Bewegung des Zusammen-schlusses ausging.

## Neuwahlen am 31. Oktober.

Dresden, 23. September. (WB.) Der sächsische Landtag trat heute nachmittag zu seiner ersten Vollsitzung nach den Sommerferien zusammen. Der Präsident teilte mit, daß die Regierung die Absicht habe, die Neuwahlen für den Landtag auf den 31. Oktober auszuschreiben. Das Haus nahm hieron ohne Widerspruch Kenntnis. Ferner kündigte der Präsident an, daß das große Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung noch von diesem Landtage, und zwar in der voraus-sichtlich letzten Sitzung am 7. Oktober, behandelt werden solle. Hierauf wurde die Regierungsvorlage über Änderung des Landeswahlgesetzes, welche die Einführung amtlicher Stimmzettel vorsieht und die Vorschriften des Landeswahlgesetzes den entsprechenden Bestimmungen des Reichswahlgesetzes anpaßt sowie die Vorschrift enthält, daß für den Wahlvorschlagn einer neuen Partei ein Betrag von 3000 M. einzuzahlen ist, welcher zurückgezahlt wird, wenn der Partei mindestens ein Sitz zufällt, an den Rechtsausschuß verwiesen. Nach Erledigung der übrigen Punkte der Tagesordnung vertagte sich der Landtag bis zum 5. Oktober. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Schlußberatung über das Landeswahlgesetz.

Die Polizeidirektion München hat den „Münchener Neuesten Nachrichten“ zufolge die Wochenzeitschrift „Arminius“ sowie die Halbmonatschrift „Der Frontkämpfer“ auf Grund des Republikstrafgesetzes wegen eines Artikels, in welchem eine Verherrlichung der Raithenau-Wörter erfolgt wird, für einen Monat verboten.

## Mitternachtsstunde am Fenster.

Von Karl Sudert.

Ich stand in mitternächtlicher Stunde an der stürmischen See, ich durchwanderte um Mitternacht den Wald und ich lag in dieser Stunde in der mondbescheinigten Heide. Das Brausen der Wellen, das Rauschen der Bäume und das Zirpen der Grillen waren Balsam für den Großstadtkindling. Und doch — es fehlte das Raunen der Großstadt. Ich bin hinausgezogen, um es zu vergessen, aber die Sinne sind umfungen von pulsierendem Leben, von der Frost, von dem Rhythmus der Arbeit. Es dauert lange, bis die Gedanken sich abwenden vom Alltäglichen, bis sie sich abwenden von dem, was schnell vergessen werden sollte, um neuen Eindrücken Raum zu geben. Und wenn dann endlich die Gedanken in andere Bahnen gelenkt sind, wenn sie hinauswandern in die Ferne und Wachsen und Vergehen erforschen wollen, ist auch bald die Zeit da, um sie wiederum umzustellen auf das Tempo der Großstadt.

Nun siehe ich wieder an meinem Fenster. Es ist wieder Mitternacht und das Haus ist von Finsternis umgeben. Hier und da schimmert noch Licht hinter Vorhängen. Wem mag es leuchten? — Hier unterscheidet sich die Mitternacht der Großstadt von der Mitternacht der Heide, der See, des Waldes. Nacht ist eben nicht einfach „Nacht“. Großstadtnacht ist niemals dunkel und findet niemals Ruhe. Unzählige Menschen dürfen nicht schlafen; sie alle helfen durch ihre Arbeit den Zeitentlauf gestalten. Wieder andere machen durch Mühseligkeit die Nacht zum Tage. Leben gibt dem Tage das Ausschließen und Leben bestimmt den Ton der Mitternacht. Menschen sterben, Menschen werden geboren, Menschen arbeiten und Menschen tanzen, vielleicht gleichzeitig in einem Hause, ohne daß es einer vom andern weiß.

Meine Gedanken halten nicht an an den Wauern. Sie überfliegen weite Strecken und lassen noch einmal die in der Einsamkeit durchlebten Mitternachtsstunden vorbeiziehen. Die Sturmnacht der See hüllte mich in tiefstes Dunkel. Gepeitschtes Wasser häumte sich auf als wollte es sich auflehnen, weil es aus seiner Ruhe gestört war. Sonst war nichts zu hören. Der Geruch der Heide-mitternacht leucht nochmals zurück und das mitternächtliche Rauschen des Waldes glaube ich noch einmal zu hören.

Jetzt gieben Wolkten am dunklen Himmel in ferne Gegenden. Die einsamen Lichter sind gestorben, alles ist in tiefstes Schwarz gehüllt. Von der Straße dringt Lärm von Pflasterarbeitern, von ferne dröhnen Antihupen und andere späte Geräusche — Großstadtnacht hat keine Ruhe.

Die Kunstgläser entstehen, wird im Kunstgewerbehaus Zeilmann & Weber, Friedrich-Werke-Str. 8, gefertigt. Dort arbeitet ein Glasbläser, der allerlei Vasen und Schalen aus Glas vor den Augen des Publikums entstehen läßt.

## Ein Hundebesitzer ...

Von Dr. Alfred Korach.

Die Ansichten darüber, wann ein Mensch einen Anspruch auf öffentliche Hilfeleistung haben soll, sind sehr verschieden. Zwar gibt es zahlreiche Paragraphen, die eine Fülle von Bestimmungen hierüber enthalten; es werden aber mitunter ganz merkwürdige, absonderliche Meinungen vertreten.

Hieron ein Beispiel. Hoch oben im Berliner Norden, in einem Proletariatsbezirk, lebt ein altes Männlein, ein früherer Tischler, der vor Jahren einen Unfall erlitt. Die Arbeitskraft ließ im Laufe der Zeit immer mehr nach. Der alte Tischler wurde „Arbeits-leser“, wurde „Unterstützungsempfänger“. Sein Lebenszukunft gestaltete sich immer beschwerlicher, sein Lebenswandel immer einsamer. Nur einen einzigen treuen Freund und Gefährten besitzt der alte Tischler: Hektor, seinen Hund.

Eines Tages ging der alte Mann wieder einmal zum Wohlfahrtsarzt, dem er seit langem sein Leid klagte. Der Doktor untersuchte ihn und stellte einen Magenkatarrh fest. „Sie haben sicherlich deshalb einen Magenkatarrh, weil Ihre Zähne so schlecht sind“, meinte der Arzt. „Sie brauchen ein künstliches Gebiß, dann werden Sie die Speisen besser kauen und verdauen können, und Ihr Magenkatarrh wird wieder verschwinden. Ich werde die Beschaffung eines künstlichen Gebisses dringend befürworten.“

Doch ach, was geschah? — Ein Wohlfahrtspfleger suchte unseren alten Tischler auf, um sich von seiner Bedürftigkeit zu überzeugen. Da sah er Hektor. „Ist das Ihr Hund?“ — „Ja.“ — „Wird der Hund von Ihnen versteuert?“ — „Ja, die Nachbarn geben ein Scherlein dazu.“

Es gibt Hundefreunde und es gibt Menschen, die keinerlei psychologisches Verständnis für die Beziehungen zwischen Mensch und Hund besitzen. Der Wohlfahrtspfleger gehört offenbar zu der letztgenannten Menschengruppe; zu Hause angelangt, schreibt er seinen Bericht:

„Solange Antragsteller noch in der Lage ist, sich einen Hund zu halten, kann ich den Antrag auf Zahnerlah nicht befürworten.“ Die Wohlfahrtskommission schloß sich dem Standpunkte des Pflegers an. Der Sekretär des Wohlfahrtsamtes, der für die Akten des alten Tischlers „zuständig“ ist, ein erfahrener und verständiger Beamter, machte den Bemerk: „Wegen des Hundes doch nicht — vermögend“, und das Wohlfahrtsamt war großzügig und bewilligte das erforderliche Geld zur Beschaffung des künstlichen Gebisses.

Rittergutbesitzer, Hausbesitzer, Apothekenbesitzer und Rennstallbesitzer sind eben vermögende Leute, ein Hundebesitzer sagt zuweilen am Hungertuche und läßt die größten Entbehrungen über sich ergehen, um sich von seinem treuen vierbeinigen Freunde nicht trennen zu müssen.

Deshalb gönne man auch solchen Hundebesitzern, falls es notwendig ist, selbst — ein künstliches Gebiß! Oder sollte man etwa mit dem Zahnerlah warten, bis Hektor das Zeitliche geegnet hat? ..

Zusatz: Erreuilcherweise haben in Berlin wirtschaftlich bedürftige Personen über 60 Jahre, die einen Hund besitzen, das Recht, eine Ermäßigung der Hundsteuer auf ein Fünftel (d. i. gleich 3 Mark vierteljährlich) zu beantragen und bewilligt zu erhalten.

Reform des Medizinstudiums. Im Reichsministerium des Innern sind zurzeit Erhebungen im Gange, um eine endgültige Regelung der Prüfungsvorschriften für Mediziner herbeizuführen. Ramentlich handelt es sich um die endgültige Festsetzung der Dauer und der Gliederung der vorläufigen Studienzeit, da das Neben-einander verschiedener Vorschriften (4 Semester gemäß der Prüfungsordnung vom Juli 1924, teilweise 4 oder 5 Semester nach neuerer Verfügung) mißlich ist. Auch noch über andere Punkte sollen die Erfahrungen mit der neuen Prüfungsordnung ausgeführt werden. Das Reichsministerium hat zu diesem Zweck eine Erörterung mit Vertretern der medizinischen Fakultäten, der ärztlichen Berufsorganisationen und der Studentenschaft in Aussicht genommen.

Geistige Notstandsarbeiten. Die Stadtverwaltung von Budapest wird den Versuch machen, arbeitslose geistige Arbeiter während des Winters in sogenannten geistigen Notstandsarbeiten zu beschäftigen. Das ungarische statistische Staatsamt wird zunächst 1000 Hilfskräfte mit höherer Schulbildung einstellen, um das in der Nachkriegszeit liegende Material aufzuarbeiten. Die Stadtverwaltung hat einen entsprechenden Zuschuß zur Verfügung gestellt, aus dem weitere 3000 Hilfsarbeiter im Laufe der nächsten fünf Monate allmählich eingestellt werden sollen.

Ausgrabungen altjüdischer Architektur. Bei den Ausgrabungen in Palästina, die eine internationale archäologische Expedition unter Leitung des Berliner Professors Sellin ausführt, sind 30 Meilen nördlich von Jerusalem bemerkenswerte Funde altjüdischer Architektur gemacht worden. Man fand einen Baaltempel, einen Palast und eine Akropolis, die sämtlich von den ersten jüdischen Ansiedlern nach der Rückkehr aus der ägyptischen Gefangenschaft gebaut sein dürften. Hier ist vermutlich der Altar gefunden, an dem Abraham die Opferung Isaaks vorbereitete, und an dem Joseph begraben wurde.

Die Kunsthandlung Viktor Hartberg, Schönberger Ufer 41, zeigt vom 28. September bis 28. Oktober eine Sonder-Ausstellung von Gemälden und Skulpturen Leo Michelsons.

Eine staatliche Musikschule in Hamburg? Der Verein der Tonkünstler und Musiklehrer Groß-Hamburgs, Ortsgruppe des Reichsverbandes deutscher Tonkünstler und Musiklehrer, hat beim Senat beantragt, mit staatlicher Beschleunigung in Hamburg eine staatliche Musikschule zu errichten und der Bürgerchaft einen entsprechenden Geselentwurf vorzulegen.

Kugsburg wird jorbig. Die Bestrebungen auf eine farbige Gestaltung des Stadtbildes, mit deren praktischer Realisierung befähigt Kugsburg vorangehen ist, erhalten jetzt auch in Kugsburg eine Verwirklichung. Es ist beabsichtigt, zunächst eine Reihe alter Häuser im Innern der Stadt mit einem neuen, ihrem Charakter entsprechenden farbigen Anstrich zu versehen.

# Wirth an Brentano.

Ein offener Brief.

Dr. Wirth richtet an Professor Lujo Brentano, München, einen offenen Brief, dem wir folgendes entnehmen:

„Gestatten Sie mir, sehr verehrter Herr Geheimrat, daß ich vor aller Öffentlichkeit auf die mir vorgelegten Fragen erbeuge. Sie wollen eine klare und eindeutige Auskunft über die „Treue der deutschen Zentrumspartei zur Republik“. Dann möchten Sie von mir ein Wort über die Verständigungs-möglichkeiten in den Fragen der Sozial- und Schulpolitik mit den liberalen und sozialistischen Kreisen.

Die Treue zu einem Staat, seinem Inhalt und seiner Form, findet ihren allgemeinsten, aber auch ihren schwächsten Ausdruck in der einfachen Anerkennung seines Grundgesetzes, seiner Verfassung. Diese Anerkennung ist das Wenigste, das man von jedem Staatsbürger in einem geordneten Staatswesen verlangen muß. Ein höherer und staatsbürgerlich reiferer Ausdruck für die Treue zum Staat ist die Hochachtung der in der Verfassung fundierten Werte. Für alle, die Weimars bedeutsame Tote und ihr Verfassungswerk gestaltend miterlebten, ist die einfache Bejahung der historischen Bedeutung des Aktes, der uns Deutschlands Einheit und Zukunft nach Weltkrieg und Zusammenbruch rettete, eine Selbstverständlichkeit. Wir erfassen aber bei dieser Wertung mehr als nur die denkwürdige politische Tat der verfassungsgebenden Nationalversammlung; wir bekennen uns in ihr zugleich zu den konstitutiven Elementen des neuen Staates, da sie nicht aus irgendeinem revolutionären Zufall, aus irgendeiner blinden Zeitschneise geboren sind, sondern aus der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung unserer Nation, aus dem Charakter auch unseres christlich erzogenen deutschen Volkes.

Deshalb sage ich: Die republikanische Verfassung von Weimar ist für das Zentrum nichts Vorgeordnetes, zu dem man ablehnend oder zustimmend stehen könnte. Eine solche Haltung wäre die eines „verfassungsmäßigen Republikaners“, wie sie manche Persönlichkeiten aus der Deutschen Volkspartei heute ehrlich vertreten, indem sie das in Weimar Gewordene anerkennen und politisch auf ihm weiterbauen helfen.

Wir sind mit den Sozialdemokraten und Demokraten die Schöpfer und Träger der neuen Reichsverfassung geworden, wir sind ihr innerlich verbunden. Wir geben der neuen Staatsform aus unseren Prinzipien Inhalt. Dieser trägt gewiß manches Zeitgepräge. Jeder darin enthaltene Kompromiß ist eigentlich für alle, die das Werk mitmachen, eine Verpflichtung, für eine bessere letzte Formung besorgt zu sein. Wer aber, wie wir, das Zentrum, den Staat mit uns, aus Eigenem in Sachen konstitutiver Formwerte, der gibt sich selbst auf, wenn er dieses Werk verneint oder verläßt.

Auf sozialpolitischem Gebiet gibt sich die Möglichkeit praktischer Zusammenarbeit ziemlich leicht, weil ich mit Ihnen darin einig bin, daß die heutigen sozialwirtschaftlichen Zustände, so wie sie sind, nicht bleiben können. Die moderne Technik wird häufig von einem unsozialen Kapitalismus beherrscht, der moderne Arbeits-mensch fühlt sich noch als Sklave der Wirtschaft. In der Befreiung der Menschen aus dieser widerlichen Abhängigkeit, im Durchstoß zur bewußten Mitwirkung sieht der Christ sowohl wie der Sozialist Aufgabe der deutschen Republik. Der Geist von Weimar erhebt sie gebieterisch. In der Frage allerdings, wie weit diese Befreiung durchgeführt werden und die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung geändert werden kann, ohne nicht gleich wieder neue Disonanzen wie jetzt zu zeigen, gehen die Auffassungen auseinander. Um das letzte Endstadium mögen sich die Theoretiker und Bewegungssystematiker mühen; der sozialistische Politiker aber wird keine voreiligen Experimente machen, mit ihm habe ich zu tun: Die Parteien der alten Weimarer Koalition sind sich einig darin, daß die Selbstverwaltung der für sie eingerichteten staatlichen Versicherungen ein Schritt der Eingliederung des Arbeiterstandes in unsere Gesellschaft ist. Auch in den Beiträgen der Arbeitgeber steht Bohnanteil. Das Knappheitsgesetz hat die Bahn einer solchen weitausbauenden Sozialpolitik beschritten, die die fortschrittlichsten der Welt genannt werden kann. Andererseits müssen den gewerkschaftlichen Verbänden neben Vorteilen und Unabhängigkeit auch die Gleichberechtigung ihres „partnerships“ bei den Tarifverträgen ungeschmälert erhalten bleiben.

Es ist nun leider in den revolutionären Kreisen vielfach die Auffassung vertreten, daß die Kirche mit der bestehenden Gesellschaftsform auf Gedeih und Verderb verbunden sei. Die Ansicht ist falsch und wenn das katholische Volk die konfessionelle Volksschule verlangt, tut es dies nicht, um ein Machtmittel gegen radikale soziale Reformen in der Hand zu haben. Die Konfessionsschule ist vielmehr ein Programmpunkt des Zentrums, sie ist auch eine Tatsache, und kein vernünftiger Katholik wird verlangen, daß nun auch die Sozialisten in der Konfessionsschule erzogen werden müßten. Erstrecklicher-weise zeigt sich in der deutschen politischen Jugend wohl mehr Neigung zur Toleranz als bei den politischen Parteien. Das kulturelle Prinzip des Leben und Leben lassen ist hier von viel größerem Idealismus, von weit tieferer Ehrlichkeit getragen. Und ich zweifle nicht, daß auch heute schon eine Einigung auf gesetzgeberischem Gebiet möglich ist, wenn man die gegenseitigen Erzieherrechte und Erzieherideale achtet und den kulturellen Wettbewerb nicht fürchtet.“

## Die Richter hinterm Hakenkreuz.

Der Landfriedensbruchprozess von Finsterwalde.

In Rottbus wird der Landfriedensbruchprozess von Finsterwalde in zweiter Auflage verhandelt. Im Gegensatz zur ersten Instanz werden die Stahlhelm-Zeugen diesmal zunächst unvereidigt vernommen. Einer von ihnen, der Stahlhelmann Welfe, verweigerte auf die Frage, ob im Fadelzug zu Ehren Hindenburgs gefahren wurde, zunächst die Aussage. Er mußte erst belehrt werden, daß er die Aussage nicht verweigern dürfe. Auf die weitere Frage, ob das bekannte „Hakenkreuz am Stahlhelm“, das Lied von der „Judenrepublik“ und den „Arbeiter-schweinen“ gefahren worden sei, behauptete dieser Zeuge, er habe es nicht gehört.

Unbereidigte Zeugen bestätigten dem Gericht jedoch, daß dieser Schlichtgesang des Stahlhelms im Fadelzug zu Ehren Hindenburgs gedrillt worden ist.

Um so mehr fiel das Geständnis eines anderen Stahlhelm-zeugen den Verantwortlichen dieses Prozesses auf die Nerven, nämlich, daß in diesem Zuge des Stahlhelms, der die „Judenrepublik“ vernichtete, drei höhere Beamte dieser Republik, nämlich drei Amtsrichter von Finsterwalde, mitmarschierten und mit erlaubten, wie „unter Trommelwirbel“ die Stahlhelmer auf die Zuschauer stürmten, um die „Straße zu säubern“.

Finsterwalde ist in seiner Mehrheit unzweifelbar republikanisch gesinnt. Es wird zu den Richtern der Republik, die im Stahlhelm-Verbande hinterm Hakenkreuz gegen die „Judenrepublik“ und die „Arbeiter-schweine“ zu Felde zogen, ein ganz besonderes Vertrauen haben. Vielleicht ein noch größeres, als das preussische Justizministerium den preussischen Richtern entgegenzubringen pflegt.

# Genfer Ausschlußberatungen.

Die Abrüstung. — Um die Zuständigkeitsverweiterung des Völkerbundes.

Genf, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Paul Boncour begründete in der Vollversammlung als Berichterstatter des 3. Ausschusses die (von uns bereits mitgeteilte, Die Red.) Entschlie-ßung, die Abrüstungskonferenz noch vor Jahresfrist abhalten zu lassen. Das Empfinden der Völker sei ein durchaus sicheres, es betrachte mit Recht die ständigen Heere und Rüstungen als die wirkliche Gefahr. Der Zweck der Konferenz sei nicht die Abrüstung, sondern die „Rüstungsbegrenzung und -verminderung“, also die Erreichung eines Rüstungsminimums, das mit der nationalen Verteidigung vereinbar sei. Der hauptsächlichste Konferenzgegenstand sei der Abschluß einer internationalen Konvention, die für eine bestimmte Dauer und in bestimmten Grenzen dem Rüstungswettstreit einen Riegel vorschleiben solle. Auf jeden Fall handle es sich um eine erste Etappe, aber für diese sei der psychologische Augenblick gekommen.

Der Gedanke, daß der Völkerbund über militärische Kräfte verfügen müsse, ist fallen gelassen worden. Damit müsse man sich abfinden. Die Konvention solle nur für eine beschränkte Dauer gelten, damit während dieser Zeit ein erster Versuch gemacht werden könne. Damit erhalte aber der Völkerbund die eine neue Aufgabe der internationalen Kontrolle. Es müsse ein Verfahren gefunden werden, um richterliche Entscheidungen über die Verletzung einer solchen Konvention herbeizuführen. — In der Donnerstagssitzung der Vollversammlung sprachen nochmals ein Argentinier und ein Rumäne. Die Debatte wird heute fortgesetzt. Die nächste Sitzung der Völkerbundsversammlung findet morgen nachmittag um 5 Uhr statt.

## England wieder gegen Zuständigkeitsverweiterung des Völkerbundes.

Genf, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) In der fünften Kommission der Völkerbundsversammlung knüpfte sich an den Bericht Dr. Breitscheldts über die Verlegung der russischen und armenischen Flüchtlinge eine lange Aussprache, die sogar zur Abhaltung einer Nachsitzung zwang. Die Durchführung dieser Verlegung ist seit einigen Jahren dem Internationalen Arbeitsamt übertragen worden. Dabei hat man die Erfahrung gemacht, daß das erfolgreiche Werk noch besser durchgeführt werden könnte, wenn auch die Vermittlung und Unterbringung anderer Arbeitsloser damit verbunden werden könnte. Eine Anregung des Berichts in diesem Sinne rief jedoch einen starken Widerstand der Delegationen von England und seiner Dominien hervor, die dagegen einwandten, daß die Völkerbundsversammlung nicht zuständig sei zur Behandlung von Arbeitslosenfragen, die in das Tätigkeitsgebiet des Internationalen Arbeitsamtes fallen. Außerdem hätten Einwanderungsänderungen einen Druck auf ihre Einwanderungs-gesetzgebung zu befürchten.

Der Genosse Breitscheldt und Direktor Albert Thomas versuchten diese Bedenken zu zerstreuen. Sie konnten dabei namentlich darauf hinweisen, daß südamerikanische Einwanderungsänderungen selbst manchmal vom Amt die Zuweisung anderer Einwanderer als russische und armenische Flüchtlinge gewünscht haben. Die Stelle des Berichts wurde jedoch gestrichen. Darauf suchte Genosse Breitscheldt durch eine Entschlie-ßung die Frage in anderer Form annehmbar zu machen, um eine Lösung im Zusammenhang mit der internationalen Wirtschaftskonferenz zu finden. Die Vertreter Englands wandten sich jedoch auch gegen diesen Vor-

schlag, worauf ihn Breitscheldt zurückzog, um keine Mißstimmung aufkommen zu lassen. Im übrigen wurde der Bericht Breitscheldts einstimmig gutgeheißen und er zum Berichterstatter für die Vollversammlung bestimmt.

## Gegen die säumigen Ratifikations-schuldner.

Der Völkerbund besteht aus den Regierungen, die in ihm vertreten sind. Es läge daher die Annahme nahe, daß Beschlüsse des Völkerbundes auch für die Zukunft die Regierungen binden, die ihnen zugestimmt haben. Ramentlich sollte das für die Beschlüsse gelten, die einstimmig gefaßt werden. Dem ist aber keineswegs so. Beschlüsse über die Schlichtung eines einzelnen Streites binden zwar die Streitparteien, dagegen bedürfen neue internationale „Verträge“ — Verträge — stets der Ratifikation, d. h. der ausdrücklichen nachmaligen Genehmigung der verfassungsmäßigen Instanzen der Einzelstaaten. Die Annahme neuer völkerrechtlicher Grundsätze im Völkerbunde bedeutet noch nicht, daß die internationale Geltung erlangen. Das Schicksal des Genfer Protokolls ist nur ein Beispiel, ist nur das politisch bedeutendste Beispiel dafür. Ein anderes war das Fehlen der letzten Ratifikation einer Verfassungsänderung, die es dem Rate im März bereits ermöglicht hätte, mit Zweidrittelmehrheit, statt mit Einstimmigkeit über seine Neuzusammensetzung Beschlüsse zu fassen; das wäre für den Ausgang der Märztagung bedeutsam gewesen. Von den internationalen Arbeitskonferenzen ist die Wichtigkeit der Ratifikation ebenfalls bekannt; bei der Konvention über den Achtstundentag dreht es sich ja ebenfalls darum, ob ein von der internationalen Arbeitskonferenz angenommener Vertragsentwurf durch die Ratifikation einer Mindestzahl von Regierungen international-verbindliches Recht werden soll.

Im Völkerbunde ist seit Jahren zu beobachten, daß alle möglichen, von den Bundeversammlungen einstimmig angenommenen Vertragsentwürfe nicht in Kraft treten, weil die Regierungen, vielleicht im Drange der innerpolitischen Geschäfte, vielleicht auch noch unter dem Druck der eiferfüchtig auf ihre Zuständigkeit bedachten heimatischen Bürokratie die Ratifizierung unterlassen. Das internationale Arbeitsamt hat sich gegen diese Sabotage bereits seit längerer Zeit eine Waffe geschaffen. Es veröffentlicht nämlich, in Tabellenform, von Zeit zu Zeit den „Stand der Ratifikationen“. Jedermann kann sofort daraus entnehmen, welcher Staat international mit seinen Zusagen im Rückstande geblieben ist. Im politischen Völkerbunde hat man jetzt den gleichen Weg eingeschlagen.

Die Vollversammlung vom Mittwoch beauftragte nämlich den Rat, sich alle sechs Monate einen Bericht über den Stand der Ratifikationen vorlegen zu lassen und sich darüber schlüssig zu werden, welche Maßnahmen zur Beschleunigung der Ratifikationen gegenüber den säumigen Staaten angewandt werden könnten. Freilich wird die bloße Herstellung einer Liste nicht dazu ausreichen, um die säumigen Ratifikations-schuldner zur Einlösung ihrer moralischen Verpflichtungen zu bringen. Aber sie verschafft den Parlamenten und der Presse des Heimatlandes einen Ueberblick darüber, inwieweit ihre Regierung im Vergleich mit anderen Regierungen in der Ratifikation von Völkerbundsbeschlüssen zurückgeblieben ist. So kann die gefeierte beschlossene Neuerung im Völkerbunde nun auf die Förderung der internationalen Rechtsentwicklung bewußt eingesetzten Parteien dazu benutzt werden, einen Druck auf ratifikationsunwillige Regierungen auszuüben.

## Die Bierabendrede Strefemanns.

Vernehmung in Paris.

Paris, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Die starke Erregung, die Strefemanns Genfer Bierabendrede in Paris ausgelöst hat, hat sich am Donnerstag stark gemildert. Nachdem man hier zunächst dem deutschen Außenminister die Absicht untersah, er habe offenbar durch eine einseitige Auslegung der in Thoiry getroffenen Vereinbarungen Briand fest legen wollen, gibt man sich jetzt darüber Rechenschaft, daß die Umstände, unter denen Strefemanns sich zu seinen wenig glücklichen Ausführungen verleitete, einen Verdacht von dieser Schwere wenig gerechtfertigt erscheinen lassen. Jedenfalls haben die Erklärungen, durch die Strefemanns den ungünstigen Eindruck seiner Rede abzuschwächen bemüht war, dazu beigetragen, das Mißverständnis, das für die Fortführung der deutsch-französischen Annäherungspolitik verhängnisvolle Folgen hätte haben können, größtenteils zu zerstören. Die französische Presse erkennt nunmehr selbst an, daß der deutsche Außenminister außer einer sehr ungeschickten Anspielung auf die Kriegsschuldfrage nichts gesagt habe, was in Frankreich zur Unruhe Anlaß geben könne. Man habe in Deutschland nie einen Hehl daraus gemacht, daß eine baldige Räumung des Rheinlandes, die Freigabe des Saargebietes und die Wiedererlangung von Kolonien zu den Zielen gehöre, die Deutschland mit der Politik der Annäherungen Frankreichs verfolge. Immerhin zeigt der Zwischenfall, wie gefährlich es für den Erfolg der eingeleiteten deutsch-französischen Verhandlungen ist, wenn das unerlässliche gegenseitige Vertrauen durch ungeschickte and unüberlegte Äußerungen erschüttert wird.

Wir können uns der Schlussbemerkung unseres Pariser Berichterstatters nur anschließen. Herr Strefemanns ist ein sehr redelustiger Minister, der recht gut und gern improvisiert, der aber in der letzten Zeit gut daran täte, diesen inneren Drang zu zähmen. Daß er sich gegen die Angriffe, die von deutschnationaler Seite gegen ihn erfolgt sind oder noch bevorstehen, zu wehren wünscht, kann man ihm freilich nicht verdenken, aber diese Angreifer wird er nicht dadurch entwaffnen, daß er ihnen rhetorische Konzessionen auf Kosten der Erfolgsaussichten der weiteren Verhandlungen macht. Die bloße Erwähnung der Kriegsschuldfrage — nur um einer Schar von unpolitischen Auslandsdeutschen nach dem Munde zu reden — ist in dem gegenwärtigen Augenblick eine solche Ungeschicklichkeit, daß man sie dem sonst erfolgreichen Leiter der deutschen Diplomatie eigentlich nicht zutraut hätte, wenn man nicht wüßte, daß bei ihm immer wieder der Führer der nationalliberalen Oberlehrerpartei zum Vorschein kommt.

Im übrigen gibt der Genfer Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ interessante Aufschlüsse über die Art, wie die Bierabendrede in die Auslandspressen gelangt ist:

„Um 12 Uhr nachts sah man in einem von den internationalen Journalisten viel besuchten Lokal, das den alle Deutschen anheimelnden Namen „Bavaria“ führt, einen extrem-deutschen, internationalen Journalisten, umgeben von einigen deutschen und schweizer Journalisten, denen er ein stückig aufgenommenes Stenogramm der Rede Strefemanns diktierte. Unter den schweizer Journalisten befand sich auch ein Redakteur der

Schweizerischen Depeschen-Agentur, der nun aus diesem angeblichen Stenogramm einer dreiviertelstündigen Rede eine politische Proklamation von etwa 40 Zeilen mit „Erstens“ und „Zweitens“ machte. Sie wurde auch an die französische Havas-Agentur weitergegeben, so daß sie in dieser Fassung nun der Anlaß zu der Aufregung in Paris ist.

Zunächst ist festzustellen, daß der Vorleser dieser „Rede“ die Rede Strefemanns nicht selbst gehört hat, sondern sich auf die Mitteilungen des erwähnten deutschnationalen Journalisten stützt. Ohne diesen Journalisten irgendwie bewußt falscher Bericht-erstattung beschuldigen zu wollen, muß Ihr Korrespondent, der die Rede Strefemanns mit angehört hat, feststellen, daß sie den Tenor der Rede Strefemanns vollkommen entstellt wiedergibt, indem sie alle Äußerungen des deutschen Außenministers in einer Schärfe bringt, die dem ganzen Charakter der Rede des Ministers vollkommen widerspricht. Sie macht aus leichtesten Andeutungen bestimmte Behauptungen, die zum Teil in Strefemanns Rede überhaupt nicht enthalten waren, und sie fällt teilweise Erwägungen, die der Minister in rhetorischer Form aufstellte, in positive Forderungen um.“

Es ist nicht das erste Mal, daß in Genf Berichterstatter deutsch-nationaler Zeitungen Informationen verbreitet haben, die geeignet waren, der deutschen Sache im Ausland zu schaden. Es wird in nächster Zeit streng auf die internationale Brunnenvergiftung der Leute zu achten sein, die ein parteipolitisches Interesse an dem Mißerfolg der deutsch-französischen Verhandlungen haben.

## Indianerkrieg in Mexiko.

Zurücktreten des Kirchenstreiks.

Mexiko-Stadt, 23. September. (M.B.) Das Nationalfest wurde von der Bevölkerung trotz der Geldknappheit begeistert gefeiert. Es war kein wesentlicher Unterschied gegen die Vorjahre wahrzunehmen. In regierungsfreundlichen Kreisen schloß man hieraus auf eine Abnahme des Boykotts, während die Katholiken diese Annahme als irrig bezeichnen. Die religiöse Streitfrage ist jedoch im allgemeinen infolge des Feldzuges gegen die Paqui-Indianer in den Hintergrund gerückt.

## Schifan.

Die nationale Einheitsfront in seinem Zeichen.

Herr Schifan, Deconomierat, Mitglied der Deutschen Volkspartei und des Preussischen Landtags, will sich einigen. Was Gaysl und Jarres können, kann Schifan auch. Er verfehlt einen Aufruf. Die markanten Stellen genügen:

„Die deutsche Sammelstat zu nationalen gemeinsamen Handeln... eine breite Front der Deutschen... nicht von einzelnen Parteikatheden... Einheitsfront der Deutschen.“

Out. Die „Kreuz-Zeitung“ will sich auch einigen. Sie druckt Schifan, selbstverständlich mit dem Hinweis „nur Schulter an Schulter mit der nationalen Rechten“.

Befehl, man einigt sich, Herr Schifan Schulter an Schulter mit der nationalen Rechten. Wer garantiert Herrn Schifan, daß es ihm in der „Einheitsfront der Deutschen“ nicht ergeht wie Anna von Gierke in der Deutschnationalen Partei?



# Noch kein Beschluß über die Erwerbslosenanstträge.

Die Berliner Stadtoverordnetenversammlung arbeitete gestern eine tüchtige Menge Reste auf und schritt dann zur zweiten Beratung der aus dem Ausschuss zurückkommenden kommunistischen Erwerbslosenanstträge. Es wäre nützlich gewesen, noch in dieser Sitzung fertig zu werden und zu einem Beschluß zu kommen. Aber der kommunistische Redner wollte seine wohl-vorbereitete Agitationsrede los werden, um auf die Zuhörertribüne zu wirken. Er sprach so lange, bis die Rechte größtenteils den Saal verlassen hatte. Als er geendet hatte, zog man es vor, zu verlagen.

In der gestern abgehaltenen Sitzung der Stadtoverordneten wurde durch den Vorsteher Genossen Hah an Stelle des zum Stadtrat in Weiskese gewählten Genossen Reimann der Genosse Lempert eingeführt. Einem Antrag der Kommunisten, der die Wahl von Vertretern zum neuerdings von ihnen propagierten sogenannten „Kongress der Werttätigen“ durch die Versammlung verlangte, wurde die Dringlichkeit verweigert. Dann beantwortete Stadtmittelrat Prof. Dr. v. Deigatski eine Anfrage der Kommunisten wegen der Erkrankungen im Kinderheim Buch. Die Kunst des Stadtmittelrates bezieht sich mit den Mitteln, die der „Vorwärts“ in dieser Angelegenheit gemacht hat. In einer Anfrage beschwerten sich die Deutschnationalen über den Direktor des Leibniz-Gymnasiums, der, obwohl er nicht mehr der evangelischen Kirche angehört, dennoch die Religionsprüfung der Abiturienten vorgenommen hätte. Der Stadtoverordnete Herzog (Dnat.) sprach in der Begründung von einer Verletzung der religiösen Gefühle der Elternschaft und forderte dagegen entsprechende Maßnahmen vom Magistrat. Stadträtin Kaufner (Dnat.) erklärte als Magistratsvertreterin, daß das Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung geantwortet hätte, der Direktor hätte an sich das Recht gehabt, die Prüfung vorzunehmen, hätte aber tatsächlich auf die evangelische Elternschaft Rücksicht nehmen müssen. Sie, die Rednerin, hätte anordnet, dem Direktor (der, nebenbei bemerkt, Kommunist ist!), das erforderliche zu eröffnen. Stadtoverordnete Genosse Scholke begründete dann kurz eine Anfrage unserer Fraktion. Das Bezirksamt Spandau hat nämlich dem

mehr zur Ausführung zu bringen. Die deutschnationalen Beamtenfreunde waren gegen diese Forderung.

Genosse Heltmann erstattete Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses für Angelegenheiten der Erwerbslosen, der eine ganze Reihe von Anträgen behandelt hatte. Der „Vorwärts“ hat über die Beschlüsse des Ausschusses eingehend unter der Überschrift „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ am 21. dieses Monats berichtet. In der Aussprache bemängelte Stadtoverordneter Roth (KPD.), daß der Räumlicher angeblich die Absicht habe, von der Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gehaltenen Geldern etwas abzuknöpfen. Es könne für die Erwerbslosen mehr geleistet werden, wenn nur mehr guter Wille vorhanden wäre. Im übrigen brachte es der Redner fertig, zu behaupten, alle Anträge, die den Erwerbslosen Hilfe bringen sollen, seien von den Kommunisten veranlaßt worden. Unsere Genossen nahmen diese und ähnliche Behauptungen Roths von der humoristischen Seite. Der Redner hatte sich offenbar darauf eingerichtet, daß er mit seiner Rede früher herankommen werde. Auf jeden Fall mußte aber das Manuskript erledigt werden; nach drei Viertelstunden bebaute er, sich mit der Zeit einstränken zu müssen! Der Erfolg der fast einstündigen Dauerrede war, daß schließlich die Versammlung, ohne Beschlüsse zu fassen, auseinander ging. Da in der nächsten Woche auf Vorschlag des Kellertenausschusses keine Sitzung stattfinden soll, weil die Deutsche Volkspartei ihren Parteitag abhält — im Kellerterrat waren auch die Kommunisten dafür! — so ergibt sich die Situation,

daß die Erwerbslosen infolge des unbeherrschbaren Redebelüftnisses ihrer angeblich besten Freunde zwei Wochen länger auf die Erledigung ihrer Angelegenheiten warten müssen.

Die Kommunisten hätten es wirklich nicht nötig gehabt, in der letzten Beratung der Anträge im Plenum noch stundenlange Reden zu halten, nachdem sie im Ausschuss hinreichend Gelegenheit dazu hatten. Uebrigens fanden die dem Plenum vorliegenden Entschlüsse des Ausschusses ihre Billigung bei der Ausschussberatung. Bedinglich um ihr Agitationsbedürfnis vor den vereinzelt an den Frontkampfern und den hinterlistigen Bezirksverordneten auf der Tribüne zu befriedigen, mußte Roth sein Manuskript herunterreden. Ob nachher für die Erwerbslosen wirklich etwas Positives herauskommen konnte, war die geringste Sorge der Kommunisten. Weil unsere Genossen dieses freile Spiel mit den Armen und den einfachen Annahme der Auszubehrschläge die Hilfsmittel verabschieden helfen konnten, so stimmte denn auch unsere Fraktion für die Empfehlung des Kellertenausschusses, in der nächsten Woche die Sitzung ausfallen zu lassen. Den Kommunisten kommt es lediglich darauf an, Agitation zu treiben, wir aber werden dafür sorgen, daß die Erwerbslosen und die in den Betrieben Stehenden erfahren, wie mit ihren Interessen Schindluder getrieben wird von einer Partei, die immer noch vorgibt, Arbeiterinteressen zu vertreten.

## Früher Frost in Sicht?

Zu den Unbilden des diesjährigen Sommerwetters scheint sich noch die Gefahr zu gesellen, daß ein frühzeitig eintretender Nachtfrost die empfindlicheren Gemäße zum schnellen Tode verurteilt. Schon am Sonntag war des Morgens in der weiteren Umgegend von Berlin Reis zu verzehren und die Dahlen, die jetzt den Hauptgeschmack der Gärten ausmachen, zeigten in ihren weif hängenden Blättern Symptome dieser Kälte. Wenn der „Wenig ohne ihr und halm“ sich an den heiß herabfallenden Strahlen der Sonne erfreut, die der sonstigen Hundstagsatemperatur eine veripitete Auflockerung ermöglichen, weiß der Gärtner und Kleinfelder, daß die nachliche Abkühlung dieser rofig geschminnten Tageschönheit unheilvoll auf dem Fuß folgen kann. Zumal wenn Ost- oder Nordwind auskommt, der schon bei Tage das sorglose Genießen der

Wärme beeinträchtigt. In den Radio-Ankündigungen des voraus-sichtlichen Wetters wird den abends nicht mehr durch die Zeitung erreichbaren, weiter drauhen wohnenden Leuten ein gutes Mittel geboten, sich über die drohende Gefahr des Nachtfrostes zu vergewissern. Freilich, ganz sicher ist auch die heutige Wettervorhersage noch nicht und zudem spielen auch Momente, wie offene oder geschützte Lage eines Grundstücks bei der Wirkung des Temperaturrückganges eine Rolle. Die Wissenschaft hat vielfach versucht, eine einfache Methode zur Erkundung des nächtlichen Wetters zu erfinden. Eine der einfachsten Methoden sei hier mitgeteilt: Um zu erfahren, ob die Temperatur der folgenden Nacht auf oder gar unter den Gefrierpunkt sinken wird, umwickelt man nach Prof. Dr. Drudes Verfahren die Quecksilbertugel des Thermometers mit Gaze, die in ein Gefäß mit Wasser niederschlägt, und mißt nachmittags 2 Uhr die Temperatur. Von der erhaltenen Zahl der Grade zieht man 4 1/2 Grade nach Celsius oder 4 Grade nach Reaumur ab, wodurch sich der kleinste Stand der Nachttemperatur bis annähernd an 1/2 Grad ergibt. — Erfahrene Landleute haben ihre eigenen Methoden und richten sich nach Windrichtung und Wolkenbildung. In diesen Kreisen ist die Ansicht, daß wir einem frühen und kalten Winter entgegengehen, stark verbreitet — eine nicht sehr angenehme Aussicht im Hinblick auf unsere ökonomischen Verhältnisse. Für die nächste Zeit dürfte, da die angekündigte „Trübung“ eingetreten, mit einer akuten Frostgefahr nicht zu rechnen sein.

## Keine Typhusgefahr für Berlin.

Nicht der geringste Anlaß zur Beunruhigung.

Zu der Meldung eines Spätabendblattes, daß in Berlin gegenwärtig 61 Typhusfälle aufgetreten seien, erfahren wir von zuständiger städtischer Seite folgende Einzelheiten:

Die Meldung, daß gegenwärtig in Berlin 61 Typhusfälle vorgekommen sind, entspricht nach keiner Richtung hin den Tatsachen. Die Meldung ist vielmehr geeignet, Unruhe in der Bevölkerung herbeizurufen und Gefahren vorzutäuschen, die in Wirklichkeit überhaupt nicht vorhanden sind. Es ist richtig, daß im Bezirk Kreuzberg 41, im Bezirk Mitte 20 Typhusfälle amtlich festgestellt und gezählt worden sind. Aber diese 61 Fälle verteilen sich auf die Monate Juni, Juli, August und September. Die Berliner städtischen Gesundheitsbehörden haben jeden Erkrankungsfall sorgfältig überwacht, und die Kranken sind, soweit nicht weitgehend Garantien dafür vorliegen, daß die infizierten Personen in ihren Wohnungen streng isoliert werden konnten, in Krankenhäuser übergeführt worden. Es ist richtig, daß die Zahl der Typhuserkrankungen in Berlin im Gegensatz zu den Vorjahren etwas höher ist, doch ist die Differenz nur verschwindend. Ingesamt hat Berlin in diesem Jahr etwa 130 bis 140 Typhuskranken gehabt, eine Zahl, die zu der Bevölkerungsziffer der Millionenstadt in einem Verhältnis steht, das man wirklich nicht als ungünstig bezeichnen kann. Das Gesundheitsamt besitzt eine Karte, auf der sämtliche Häuser Berlins verzeichnet sind und jedes Haus, in dem ein Typhusfall vorkam, mit rot markiert. Dieses Einzeichnen der Krankheitsfälle hat den Zweck, zu untersuchen, ob Zusammenhänge zwischen den einzelnen Krankheitsfällen bestehen, ob ein Seuchenherd vorhanden ist, um den sich die Krankheitsfälle gruppieren. Es steht aber unabweislich fest, daß alle bisher festgestellten Typhusfälle durch Einschleppung oder andere Ursachen entstanden sind. Das Entstehen des Typhus ist in diesem Sommer vor allem durch die feuchte Witterung begünstigt worden, da Speisen, namentlich Obst, leichter verderben konnten als sonst und da durch die anormale Witterung Darmkrankheiten an sich begünstigt wurden. Die Gerichte, die behaupten wollen, daß auch das Berliner Trinkwasser ver-seucht sei, sind direkt lächerlich. Berlin überwachet täglich alle Pumpstationen und im Gegensatz zu vielen anderen Städten kann nur betont werden, daß unser Leitungswasser keimfrei ist. Die Typhusfälle in Berlin sind auch nicht durch bakterienhaltige Milch verursacht, denn die ständige Überwachung der jede Nacht in Berlin eintreffenden Milch auf Entkeimung verhindert von vornherein,

## Kleinfabrikantenvereine Spandau einen Wanderpreis bewilligt.

Bürgermeister Scholke betonte, daß das Bezirksamt nicht berechtigt sei, derartige Preise auszugeben. Der Kommunist Selbstheim, der für sich immer in Anspruch nimmt, die Interessen der Arbeiterpartei in der Stadtoverordnetenversammlung zu vertreten (was für die Arbeiterpartei wirklich nicht vorteilhaft ist!), bemühte die Angelegenheit, sich in großmütiger Weise an unserer Partei zu reiben. Die Situation bemühte der deutschnationale Renommierarbeiter Klein dazu, für die Kleinfabrikantenvereine Stimmungen zu machen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß wir wieder einmal „internationale Wettkämpfe im Schießen“ (!) bekommen würden (Entrüstungsrufer links: „So eine elende Schieß-bubenfigur!“) und da für die Deutschland beim Leben nicht zurückbleiben.

Um 7 Uhr erfolgten die ausstehenden Abstimmungen über verschiedene Anträge. Unsere Genossen hatten im Frühjahr dieses Jahres den Antrag gestellt, die durch den Magistrat erfolgte

## Wahl des Bürgermeisters Scholke zum Mitglied des Reichsrates

als Vertreter der Stadt Berlin wieder rückgängig zu machen, da diese Wahl der Ansicht der republikanischen Bevölkerung Berlins widerspricht. Bürgermeister Scholke gehört zur Deutschen Volkspartei. Für den Antrag stimmte die linksmehrheit des Hauses, bestehend aus Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Demokraten brachten es bis auf wenige Ausnahmen fertig, gegen den Antrag ihre Stimme abzugeben. Die Versammlung beschloß ferner, die feinerzeit zurückgestellten Änderungen der Besoldungsordnung nun-

## Der Weg des blinden Bruno.

Roman von Oskar Baum.

„Du hast mir ja gar nichts gemacht.“ stotterte er schließlich, „aber warum bin ich nicht so wie du? Warum, warum!“ stieß er schreiend heraus und stampfte auf den Boden.

Ratlos sah Anni, da, sah ihn an und dachte nach, was sie ihm sagen könnte.

Da faßte Bruno sie plötzlich hart bei beiden Armen, sein Gesicht hatte einen entschlossenen, fast bösen Ausdruck, zu dem die immer noch feuchten Wimpern und Wangen nicht mehr paßten: „Ich lasse dich jetzt nicht eher los, bis du mir alles erklärst, was ich nicht begreife. Alles, alles!“

Das Mädchen war ganz blaß vor Schrecken und zitterte an allen Gliedern.

„Ist es richtig, daß du ein kleines Mädchen bist, ja?“ Anni drehte es sich im Kopf: Was wollte er? War er vielleicht verrückt und man wußte es nur nicht?

„Lüg' mich nicht an!“ begann er wieder drohend, als sie schwieg, „sonst habe ich dich so, bis mein Vater kommt. Und wenn es bis abends dauern sollte! Der wird schon alles aus dir herausbringen. Oder bist du vielleicht ein böser Geist, der über mich Gewalt hat, weil meine Mutter gestorben ist? Aber ich werde doch sehen, ob ich mich quälen lassen muß!“

Und er schloß die Finger noch fester um ihre Arme. Da sagte sie leise: „Deine Mutter hat mich sehr lieb gehabt und hat mir immer Schokolade gegeben, wenn sie vom Einkauf kam, und hatte sie nichts anderes, so wenigstens Mandeln und Lebkuchen. Weißt du's denn nicht mehr, Bruno? Du warst ja so oft dabei; die Mutter führte dich immer an der Hand.“

Da ließ Bruno sie los; klüchtiges Rot fuhr über sein Gesicht, aber dann zuckte er trotzig die Achseln: „Wie hätte ich dich erkennen sollen? Du hast ja damals wohl nicht einmal „Danke“ gesagt.“

Anni stand auf und wollte gehen. Bruno, der sich schämte, so dumm und grob gewesen zu sein, wollte sie so nicht fortlassen. Aber sie sollte nicht glauben, er fürchte, deshalb ausgezankt zu werden. „Du sollst auch Schokolade und Obst bekommen, wenn die Mutter nicht da ist.“ sagte er von oben herab, „ich werde es Neffi sagen. Warte ein Weilchen!“

Und Anni, deren Gedanken jetzt sehr mit dem Gebrechen des seltsamen Knaben beschäftigt waren, wunderte sich, wie still er hin- und herließ: in die Speisekammer, in die Küche. Und als er zurückkam, war er wie verwandelt. Er sprang

umher, neckte sie und trieb Unsinn, um sie vergessen zu machen, daß sie hatte weggehen wollen. Er brachte eine vollkommen eingerichtete Puppentische aus einem Winkel eifrig herbeigeschleppt und alle von Neffi erlangten Viktualien wurden nun gerieben, gerührt und auf mannigfache Weise gekocht und, nicht eben laubereit geworden, auf den zierlichen Tellerchen und Schüsselchen kredenzt.

Und als sie endlich ging — es war sehr spät geworden — begleitete er sie bis vor die Tür hinaus. Er konnte sich gar nicht von ihr trennen. Und draußen sagte er, indem er ihre Hand ergriff — sie war ganz erstaunt, da sich noch niemand von ihr je so förmlich verabschiedet hatte —: „Nicht wahr, du kommst bald wieder, Anni, und wirst dich nicht vor mir fürchten?“ Er ließ ihre Hand nicht los, „und jetzt — das kannst du mir glauben — werde ich deine Stimme schon erkennen, und wenn wir uns in Afrika treffen!“

„Afrika!“ dachte sie bewundernd und sagte ihm zu, gleich nachmittags wiederzukommen.

Beim Mittagessen saß sie dann ungewöhnlich still und nachdenklich und antwortete ihren Geschwistern wenig, die sie mit Fragen über den wunderlichen Jungen bestürmten, den sie immer schon von ferne betrachtet hatten. Nur, daß er alles auf der Welt konnte und wußte, sagte sie, vieles sogar, das sie noch nie in der Schule gehabt hatten. Aber das wollten sie ihr nicht glauben.

Professor Gornik bewies es trotz Kapetans Einspruch als wichtig, daß Bruno erst zum Schuljahresbeginn in die Anstalt eintrat. Lorenz und Neffi bedurften fast keiner Fürsorge mehr, und er hatte nun so lange nur für Bruno und die Kranke gelebt, daß es plötzlich ganz ohne Last zu traurig gewesen wäre.

Diese Monate zu Hause wurden eine bewegte Zeit. Bruno war's, als würden Käfiggitter geöffnet. Vater hatte seine Auffassung von gesunder Erziehung bei Mutters so gesteigerter Kängstlichkeit lange schon unterdrückt. Nun gab's Zimmerturngeräte, Springen, Klettern, Schaukeln; draußen Eislaufen, Schwimmen, Landensfahren. In allen Stockwerken des Hauses mußte er sich zurechtfinden, auf der Straße drunten, in mehreren gar nicht unbelebten Straßen der Umgegend. Der Kreis wurde allmählich immer mehr erweitert. Ganz stolz holte er dem Vater aus dem Laden gegenüber Figarren, aus einem Wirtshaus um die Ecke Wein. Die Leute kannten ihn schon überall und zeigten ihn einander. Manchmal erreichte ihn solch ein Ausruf der Bewunderung. Wehe aber, wenn jemand, bog er einmal zwei Schritte zu bald oder zu spät ein, ihm helfen wollte. Da riß er sich sogleich

wütend los, als hätte man ihn fränken wollen, und dem Vater — hörte er davon — machte das großes Bergnügen.

Aber als Bruno einmal in Vaters Gesicht tasten wollte, dessen Form, Ausdruck, Bildung sich unvergeßlich einzuprägen, da wandte der Vater unwillig den Kopf weg: „Rein, Bruno, das gehört sich nicht!“ sagte er zu dessen Bewunderung sehr streng.

Unter Selbständigkeit verstand der Vater, daß er sich möglichst wenig von Sehenden unterscheide, in allem wie jeder andere sei.

Und vieles mußte Bruno unterdrücken, ohne recht zu verstehen, warum. Er gewöhnte sich sogar ab, nach Gründen zu fragen, da ihn das schon zu unterscheiden und in aller Augen herabzusehen schien.

Das Schönste der Freiheit waren die Spiele mit den wilden Kindern im Hof. Ehrgeiz, große Uebung, Vertrautheit mit der Vertikalität, Abhärtung durch unaufhörliche kleine Unfälle machten ihn ganz wie ihresgleichen. Mit harmloser Schadenfreude lachten sie lustig auf, wenn er wo scharf an eine Ecke fuhr oder an einem vorstehenden Nagel sich richte. Regnete es oder hing Wäsche zum Trocknen im Hof, so kam Anni zu Bruno hinauf. Sie hockten an seinem schon viel zu kleinen Tischchen, schleppten die Menagerie heroor — auch sie liebte die Tiere so — und sie spielten Zirkus oder Naturgeschichtsstunde, und er hielt Vorträge über Heimat und Lebensweise aller Gattungen, führte festene und gefährliche Tiere in ihren Käfigen vor und verbreitete sich besonders über die Gefahren jener fernen Gegenden. Und wie er selbst sich alles glaubte, obwohl manche Verwechslung, freie Erfindung und unsichere halbe Erinnerung dabei war, so lautete auch sie ehrfürchtig jedem Wort, und in der Beherrschung dieser gefügigen Tierwelt, der gläubigen Demut des lieben kleinen Mädchens, fühlte er eine Unendlichkeit von Macht und Glück, wie nie wieder nachher in seinem Leben.

Um die Zeit, als Bruno in die Anstalt kam, überfiel den die Seinen in einen anderen Stadtteil. Bruno konnte diese beiden Ereignisse auch später in seinem Gedächtnis niemals auseinanderhalten. Ihm schien, als wäre eines ohne das andere unmöglich gewesen.

„Ich werde von Anni nie mehr gestreichelt und genedelt werden, und die Spiele, die niemand anderer so spielen kann, sind für immer vorbei!“

Der Begriff des Sterbens schwebte ihm vor: Jemand liegt da im Zimmer und man weiß nicht, daß er da liegt. Es ist ihm etwas Schreckliches zugestoßen, und niemand kann ihm helfen, ihn zurückbringen, weil man nicht weiß, wo er ist und es nie wissen wird! Er dachte ja nicht, daß sie gestorben sei, aber ihm war's, als dächten die Leute anders darüber als er.

(Fortsetzung folgt.)

dass auf diesem Wege die Seuche etwa eingeschleppt sein könnte. Tropfen empfiehlt es sich, keine rohe Milch zu trinken und Obst vor dem Genuss gründlich zu waschen.

Zusammenfassend sei jedoch noch einmal betont, dass eine Seuchengefahr oder eine Weiterverbreitung des Typhus für Berlin überhaupt nicht in Frage kommt.

## Aus verschmähter Liebe.

### Verfuchter Totschlag und misslungener Selbstmord.

Ein doppeltes Revolverattentat brachte den Hilfsselektromonteur Gustav M. wegen Anklage des verschuldeten Totschlages in zwei Fällen vor das Schwurgericht I. Er hatte je einen Schuss auf seine Frau und deren Nachbarin und dann zwei Schüsse auf sich selber abgegeben. Dem Untersuchungsrichter erklärte M., dass er zur Bohnung seiner geschiedenen Gattin gekommen sei, um sich auf dem Stur das Leben zu nehmen; dass er aber hier eine Unterhaltung und ein Nachgespräch über sich erlaucht habe und derartig in Wut geraten sei, dass er auf die Frau und die Nachbarin geschossen habe. Wie alles gekommen sei, könne er nicht sagen.

Er erwies sich als erblich belasteter Psychopath. Er neigt zur Schwermut und fällt leicht in Erregung. Im Jahre 1916 heiratete er die junge A. M. Die Ehe verlief glücklich, bis er im Jahre 1917 eingezogen wurde. Die Briefe seiner Frau ins Feld, in denen sie ihm mitteilte, dass sie sich abends von bekannten Männern nach Hause begleiten lasse, veranlassten ihn, zweimal zu desertieren. Nach dem Kriege führten Arbeitslosigkeit und Eifersüchtelei zum Ehezerwürnis. Er wollte es nicht dulden, dass sie sich am Hausklatsch beteilige und zu viel mit den Nachbarn verkehre; sie wieder war darüber ungehalten, dass er kein Geld nach Hause brachte und machte ihm Szenen. Er begann zu trinken, beschimpfte seine Frau, bedrohte sie, geriet in schlimme Gesellschaft, hatte sich dreimal wegen Diebstahls zu verantworten. Er behauptete aber gestohlen zu haben, weil seine Frau immer wieder Geld verlangt habe. Sie erlernte das Nähen und verdiente sich nun ihr Geld durch Heimarbeit. Als er das letztmal im Gefängnis saß, erlangte sie die Ehescheidung. Als er aus dem Gefängnis kam, ließ ihn die Frau nicht mehr zu sich, gab ihm auch nicht seine Sachen heraus. Er wohnte nun bei der Mutter, klagte ihr immer sein Leid, meinte oft nachts nach seiner Frau; er hatte eben nie eine andere Frau gekannt und konnte sich auch keine andere suchen. Am Vorabend der Tat erzwang er eine Aussprache, die ihm zeigte, dass für ihn gar keine Hoffnung bestehe, zu seiner Frau zurückkehren zu können. Da beschloß er, sich das Leben zu nehmen. Er kaufte bei einem Trödler einen Revolver, verbrachte den Tag in voller Einsamkeit, ohne einen Bissen zu sich zu nehmen, und begab sich gegen 6 Uhr nach der Wohnung seiner Frau. Einmal hatte er schon versucht, sich mit den Hofenträgern an ihrer Tür zu erhängen. Nun wollte sie ihn erschossen auf dem Stur finden. Es kam aber anders. Das Gericht glaubte ihm nicht, daß er nicht die Absicht gehabt habe, die Frau und deren Nachbarin zu töten und verurteilte ihn wegen doppelten verschuldeten Totschlages zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis. Es blieb aber zweifelhaft, ob er in dem Augenblick den Vorfass gehabt habe, die Frau nicht zu töten.

## Die Polizeiausstellung im Aufbau.

Das nächste Messengelände am Bahnhof Willeben befindet sich seit Tagen im Mittelpunkt einer regen Aufbautätigkeit. Hier erstreckt zurzeit in Tag- und Nachtschichten die Große Internationale Polizeiausstellung Berlin 1926, die am Sonnabend eröffnet werden soll. 1600 Arbeiter sind zurzeit auf diesem Gelände beschäftigt, das riesige Werk bis zum Eröffnungstermin fertig zu stellen. Die drei großen Hallen sind in den Dienst der Sache gestellt worden. Sie sind zu einem Ganzen durch eine Brücke und einen überdachten Gang verbunden worden, so daß eine architektonische Geschlossenheit der Ausstellung erreicht wird. Man betritt die Ausstellung durch das Hauptportal in der alten Autohalle, verläßt diese durch einen Gang in der Mittelfront, der über die Straße zu der neuen Autohalle führt. Von hier aus führt dann eine Brücke am Ende der Halle über die Dispreußenallee nach der Frunkhalle, die die Geheimnisse der Kriminalpolizei birgt. Auf dem Gelände selbst gab es in diesen Tagen große Möbelwagen aus allen Teilen des Reichs und aus dem Ausland ein Stellbühnen. Sie waren beladen mit den großen Kisten, die die Sammlungen der einzelnen Polizeidirektionen enthielten. Furchtbare und schreckliche Dinge waren zum Teil darunter. All die Beweisstücke der großen Mordfälle, die die Deffektivität in den letzten Jahren beschäftigt haben, die gräßlichen Zeichen wüster Bluttaten, die oft schon lange ihre Sühne gefunden haben, sie werden der Gesamtheit gezeigt, gegen die sie gerichtet waren. Aber es ist schließlich nicht alles so grauenvoll, womit sich die Polizei zu beschäftigen hat. Dort, wo sie zum Schutz der gewerblichen oder wirtschaftlichen Einheit austritt, gewährt sie interessante Einblicke in ihre Tätigkeit. Einen der Hauptziehungspunkte für die Massen der Besucher wird A. B. das Bergwerk bilden, das zur Demonstration der sicherheitspolizeilichen Anordnungen seine Stollen weit unter dem Boden des Kaiserdammsgeländes getrieben hat.

Der Eintrittspreis für die drei Hallen und das gesamte Freigelände füllende Ausstellung ist auf 1,50 M. für einmaligen Besuch festgelegt. Für Interessenten, die mit einem einmaligen Besuch nicht auskommen, besteht die Möglichkeit, sich eine Dauerkarte für dreimaligen Besuch zum Preis von 3 M., anstatt 4,50 M., zum siebenmaligen Besuch für 6 M. anstatt 10,50 M. zu lösen. Der Preis für die Dauerkarte, die zum uneingeschränkten Besuch der Ausstellung während ihrer ganzen zweiwöchentlichen Dauer berechtigt, beträgt 9 M. Während alle Arten von Dauerkarten nur an den Kassen der Ausstellung erhältlich sind, kann man Tageseintrittskarten zum Originalpreis auch an den Schaltern der Stadt- und Untergrundbahn, sowie bei den Schaffnern der Straßenbahnlinien 53, 72, 75 und 93 kaufen. Die Ausnutzung dieser Möglichkeit ist bei dem zu erwartenden Andrang an den Kassen des Ausstellungsgeländes besonders zu empfehlen. Am Tage der Eröffnung der Großen Polizeiausstellung (Sonnabend, den 25. September) ist dem Publikum der Besuch ab nachmittags 3 1/2 Uhr gestattet.

Zur Begrüßung der Großen Berliner Polizeiausstellung, die am kommenden Sonnabend ihren Anfang nimmt, sind an zirkonartigen Stellen Berlins Begrüßungsposten errichtet worden, die sehr repräsentativ wirken. Hohe Fahnenmasten, die bedeckt und in den schwarzweißen Farben des preussischen Staates reich bewimpelt sind. Weitbin sichtbar sind die neuen blauen Wappen der Polizei, die Polizeikerne, angebracht. Die Masten tragen ein Transparent, auf dem Ort und Daten der Polizeireue angezeigt sind.

## Nächtlicher Höllenspektakel.

Berlin wird von seinen 50 000 Autos, von seinen Tausenden von Straßenbahnwagen, Eisenbahnwagen, Lokomotiven, Autobussen, Motorrädern nahezu 22 Stunden vom Tag von Lärm überflutet. Aber ein paar Stunden der Ruhe braucht man auch der lärmgeplagte Berliner unbedingt, und die Behörden sollten alles tun, um dem Bürger, der nicht gerade an ausgesprochenen Verkehrsstrahlen wohnt, seine 6 bis 7 Stunden nächtlicher ungestörter Ruhe zu gewährleisten. Wie wenig mitunter für diese unentbehrliche Ruhe gesorgt wird, dafür konnten wir vor einiger Zeit ein bezeichnendes Beispiel aus einem Miethause in Charlottenburg beibringen. Heute aber können wir über einen weit schlimmer liegenden Fall aus der Linienstraße berichten. Im Gegenlag zu der parallel laufenden Wasser- und Lothringers Straße ist die Linienstraße eine sehr ruhige Straße und wird deshalb auch von Studierenden der Berliner Hochschulen gern als Wohnstraße bevorzugt. Durch Vermieten von Studentenzimmern haben die Bewohner dort eine bescheidene Nebeneinnahme, die bei Arbeitslosigkeit des Wohnungsinhabers häufig gar nicht zu entbehren ist. Weil nun aber in und vor dem Haus Linienstraße 109 sich nächtliche unerhörte Zustände entwickelt haben, denen merkwürdigerweise die Polizei hilf- und machtlos gegenübersteht, sind die Studenten, denen die Nacht Ruhe unerträglich gestört wird, bereits in Scharen abgerückt und die Vermieter erleiden schwere Schäden.

In dem Hause Linienstraße befindet sich einer jener Bouillonkeller, die aus Gründen, die der Polizei wohl nicht unbekannt sind, Nachtlokalitäten haben. Das könnte noch hingehen, wenn die sich aus solchem Betrieb ergebende Unruhe auf das betreffende Haus beschränkt bliebe, sofern sich die Mieter selbst damit abfinden. Seit Wochen aber ist das Haus nachts zwischen 1 bis 5 Uhr auch eine Sammelstätte von Autos, die bis zu 20 Stück vor dem Lokal an- und abfahren und halten und mit ihren Hupen und Rotoren einen geradezu höllischen Lärm vollführen, dem die Anwohner der Gegend fast in jeder Nacht ihren Schlaf opfern müssen. Der wirtschaftliche Schaden, der ihnen durch das Ausziehen der Studenten erwächst, wurde schon erwähnt. Die Anwohner haben sich an die Polizei, an Stadt- und Bezirksausschüsse gewandt. Umsonst. Der



Gerhard Wohl, der schon mehrfach im Rundfunk verständnisvolle Einführungen in die Werke der neueren Literatur gab, sprach diesmal über Leo Tolstojewitsch Tolstoj. Mit liebevollem Verständnis für den Menschen, mit Verehrung und Bewunderung für den Dichter, mit scharfer Kritik für den Propheten. Dieser vielumstrittene Russe, um den sich wie zu seinen Lebzeiten noch heute zahlreiche Gruppen bilden, die ihn als Räuber und Verechter ihrer Gedanken reklamieren, ist von seinen Anhängern unabsichtlich und absichtlich nur allzu oft mißverstanden worden. In seinem Streben nach reiner Menschlichkeit wurde der alternde Tolstoj zum Fanatiker seiner Ideen. Aber er verirrte sich in Sackgassen. Und gerade die Tatsache, daß dieser Fanatiker gegen den Dichter, der er einst war, wie gegen einen Feind zu Felde zog, hat manchen Tolstoj ferngerückt. Wohl zeigte die tiefere Zusammenhänge in diesem unruhigen und wirren Leben. Dann sprach Korner aus den Werken des großen Russen. Mit dem Unterton des fanatischen Befenners wurde der Tolstoj der letzten Epoche lebendig. In einem gut gemachten Abschnitt aus dem „Lebendigen“ aber auch der unsterbliche Dichter. Die Volkslieder aus Skandinavien, richtiger aus den nordischen Ländern verallgemeinbar die Abenddarstellungen. Alfred Wildes weicher Tenor eignete sich gut für dieses lyrische Programm. — Im Rahmen des Nachmittagskonzerts erwies sich Walter Raempler als Chopininterpret von nicht alltäglichem Format. Man kann sich die Wurzeln zwar schärfer geprägt denken, Raempler brachte sie kaum noch in Tanzform, fastübermäßig. Auch die Darbietungen des Hornkorporells unter Franz v. Szpanowski Leitung hielten sich auf erfreulicher Höhe.

## Das Rundfunkprogramm.

### Freitag, den 24. September.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

4 Uhr nachm.: Zehn Minuten für die Frau (Dorothee Goebeler: „Die Frau und die Geselligkeit des Winters“). 4.30—6 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufman. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theater und Filmdienst. 6.30—7.20 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Gartenbau. Professor Dr. Karl Ludwig: „Formveränderungen unserer Gartenpflanzen durch Schädlinge und Krankheiten“. 7 Uhr abends: (Hochschulkurse). Abteilung Geschichte. Dr. Albert Brackmann: „Grundzüge der europäischen Geschichte. (Der angelegliche Untergang des Abendlandes)“. 7.30 Uhr abends: Felix Hollaender: Einführung zu dem Singspiel „Macht der Finsternis“. 8 Uhr abends: Singspiele. „Macht der Finsternis“, Drama in vier Akten von Leo Tolstoj. Peter, ein reicher Bauer; Emil Lind. Anissa, seine Frau; Lucie Häflich. Akulina, Peters Tochter aus erster Ehe; Lore Braun. Anjutka, Peters Tochter aus zweiter Ehe; Blandine Ebinger. Nikita, Knecht in Peters Hause; Frits Kortner. Akim, sein Vater; Paul Graetz. Matrjona, seine erste Frau; Elsa Wagner. Marinka, seine zweite Frau; Charlotte Hagenbruch. Dimitritsch, ein alter Knecht; Albert Florath. Martha, Peters Schwester; Marinka, Akulinas Brautjungfer; Polizeibeamter; Unteroffizier; Gemeindefürsorge; Fuhrmann; Gevatterin; Nachbarin; Freiwärter; Heiratvermittlerin; Brautführer; erstes Mädchen; zweites Mädchen; Gäste; Hochzeitsgäste; Eltern; Musikanten; Weiber; Mädchen. Die Handlung spielt in einem großen Dorf. Zeit: Gegenwart. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30—12.30 Uhr abends: Tanzmusik (Kapelle Kermbach. Leitung: Kapellmeister Otto Kermbach).

### Königswusterhausen, Freitag, den 24. September.

12—12.30 Uhr nachm.: Karl Graef: Die Kunst des Sprechens für Schüler. 3—3.30 Uhr nachm.: O. M. Alfieri und v. Eyseren: Spanisch. 3.30—4 Uhr nachm.: Karl Graef: Die Kunst des Sprechens. Einführung. 4—4.30 Uhr nachm.: Dr. Käthe Gaebel: Warum brauchen wir eine Berufsberatung? 4.30—5 Uhr nachm.: Aus dem Tätigkeitsbereich der Staatlichen Stelle für Naturschutzpflege in Preußen. 5—6 Uhr abends: Dr. Muckermann: Das Problem der Menschenrassenmischung und -beeinflussung. 6.30 bis 7 Uhr abends: Dr. Feilchenfeld: Aufbau und Aufgaben der deutschen Handelskammern. 7—7.30 Uhr abends: Dr. Margot Riess: Der Arbeiter in der Kunst. 7.30—8.25 Uhr abends: Wissenschaftliche Vorträge für Aerzte. 8.30 Uhr abends: Uebertragung aus Frankfurt a. M. Sonatensabend.

nächtliche Lärm bleibt und wird immer toller. Wenn aber ein harmloser Betrunkener nachts einmal auf der Straße sein Weiden grüßt, bekommt er Polizeistrafe. Wollen hier die Behörden untätig zusehen, bis den Anwohnern die Geduld reißt, d. h. bis ihre aufgeregten Nerven durchgehen und die Menschen zur Selbsthilfe schreiten? Dann würde die Polizei wahrscheinlich sofort einschreiten gegen die, die sie jetzt zu schützen anscheinend nicht imstande ist. Die Polizei ist aber unter allen Umständen verpflichtet, nächtlichen ruhestörenden Lärm, wie er hier von Autos und randalierenden betrunkenen Lebemännern und Kontrollbirnen vollführt wird, zu unterdrücken.

Elternbeitragswahlen in Friedrichshagen und Steglitz. Am Sonntag, den 26. September, findet in der Zeit von 9 bis 3 Uhr für die Knabenschule in Friedrichshagen die Wahl des Elternbeitrags statt. Wegen eines Formfehlers hatte der Wahlvorstand die Listen „Kind in Rot“ und „Schulaufbau“ für ungültig erklärt. Dem hiergegen eingelegten Einspruch hat die Schulaufsichtsbehörde stattgegeben. Die Eltern der SPD. und KPD. haben sich jetzt auf einen gemeinsamen Wahllokal, Kennwort: Einheitsliste gegen Schulreaktion, geeinigt. Heute abend 8 Uhr findet in Schröders „Gesellschaftshaus“, Friedrichstraße 137, eine öffentliche Versammlung statt, in der Bezirksstadtschulrat Goh spricht. Die Genossen werden zu reger Beteiligung aufgefordert. — An den Gemeindefürsorge 2, 3, 4, 8 und 9 in Steglitz finden am kommenden Sonntag, den 26. September, die Neuwahlen zum Elternbeitrags statt. Alle Parteigenossen und Freunde von Schulaufsicht wählen die Vereinigte Liste „Schulaufbau“, „Kind in Rot“. Kein wahlberechtigtes Elternpaar darf sich durch Unwesenheit oder Uninteressiertheit der Stimme durch Fernbleiben von der Wahl enthalten.

Das Fest der Werrauen Hochzeit feierten am Dienstag, 21. September, der Stellmacher Otto Friedrich und seine Ehefrau Ida, RD 12, Wobeser, 24.

## Eisenbahnattentat dreier Schüler.

### Zwölf- und Dreizehnjährige als Urheber.

Drei zwölf- und dreizehnjährige Schüler führten auf der Strecke Ascherleben—Halberstadt einen Anschlag aus, um einen Zug zur Entgleisung zu bringen. Auf dem einen Gleis befestigten sie größere Steine mit Draht, auf dem Gegengleis errichteten sie sogar ein 5 Meter langes Hindernis. Das Unterfangen war um so gefährlicher, weil am Tator die Strecke ein Gefälle aufweist und in einer unübersichtlichen Kurve liegt. Die drei Schüler hatten sich auf der Böschung versteckt, um Augenzeugen der Entgleisung zu sein. Der Personenzug Halle—Halberstadt, der zuerst die gefährdete Stelle passierte, überfuhr das Hindernis, ohne daß die schwere Maschine aus dem Gleise sprang. Der Zugführer meldete jedoch sofort den Vorfall, und Beamten, die die Strecke untersuchten, gelang es, die drei Schüler festzunehmen, als sie die Flucht ergreifen wollten.

## Schweres Eisenbahnunglück bei Paris.

Am Mittwoch morgen 6 Uhr fuhr bei Vulaines-sur-Seine, 75 Kilometer von Paris entfernt, der Schnellzug Lyon—Paris auf drei Wagen, die ein vorausfahrender Personenzug unbemerkt auf freier Strecke infolge Bruchs der Ruppelung verloren hatte. Der Lokomotivführer bemerkte das Hindernis und bremste mit aller Gewalt, er konnte aber den Zusammenstoß nicht mehr verhindern. Die Wagen des Personenzuges sowie die Lokomotive des Schnellzuges wurden schwer beschädigt, während zwei Personenzüge und drei Personenzüge des Schnellzuges fast völlig zertrümmert wurden. Fünf Reisende fanden den Tod, zwanzig wurden schwer verletzt. Der Personenzug hatte inzwischen seinen Verlust bemerkt und war wieder zurückgefahren. Mit ihm wurden die Reisenden des D-Zuges und die Verletzten nach Paris befördert.

## Eine Leichenhalle als Wohnung.

Weimar, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) In dem kleinen Ort Walkrabs bei Hildburghausen in Thüringen haben die Verwaltungsbehörden einem Arbeiter mit seiner Familie, der zwangsweise aus seiner Wohnung herausgehoben worden war, die Leichenhalle des Ortes als Wohnraum zugewiesen. Das geschieht in dem Thüringen, das nächst Württemberg den am meisten abgebauten Mieterschutz und die am meisten abgebaute Wohnungswirtschaft hat, in dem gleichen Thüringen, in dem Dupende von Schöllern als Leerräume den ehemaligen Monarchen zur Verfügung stehen. Man muß schon sagen, er ist weit gekommen in Deutschland.

## Sport.

### Rennen zu Karlsruh auf Donnerstag, den 23. September.

1. Rennen. 1. Bellac (H. Wolff), 2. Fuchse (Stangl), 3. Capua (Schreier). Toto: 14: 10. Platz: 11, 12, 16: 10. Ferner liefen: Bellabonae, Gountschide, Juchst, Vukta.

2. Rennen. 1. Byron (Hanser), 2. Sturm (Koch), 3. Wächter (Schäfer). Toto: 21: 10. Platz: 12, 16: 10. Ferner liefen: Spiritist, Harry Whinstone, Egernit.

3. Rennen. 1. Rüdiger (H. Derfing), 2. Hubert (Krauslein), 3. Ratibor (Bismarck). Toto: 27: 10. Platz: 14, 21, 21: 10. Ferner liefen: Emilian, Duillon, Normanne, Sieglinde II, Turda, Ping Bong, Goltzide, Reife, Arberitit.

4. Rennen. 1. Raudritter (Lentz, Joh), 2. Anselmann (Schäfer), 3. Otal (v. Forle). Toto: 20: 10. Platz: 13, 12: 10. Ferner liefen: Stummel Leisel, Entschluf, gel.

5. Rennen. 1. Wagnereiter (Verle), 2. Laufwege (Stuhles), 3. Brommessen (Roriz). Toto: 45: 10. Platz: 12, 14, 14: 10. Ferner liefen: Biffleben, Automehon, gel., Alexander der Große, Kubel, Winoja, Kall.

6. Rennen. 1. Eigenlum (Hanser), 2. Final (R. Thiel), 3. Luberoje (Krausle). Toto: 14: 10. Platz: 10, 13: 10. Ferner liefen: Genutz, Benzianerin.

7. Rennen. 1. Fellinguelle (Staudinger), 2. Corasemer (Dr. König), 3. Juchre (v. Rasmah). Toto: 84: 10. Platz: 78, 16, 18: 10. Ferner liefen: Weinberg, Traunegg, Chiemgauerin, Rogier, Herbert, Entel.

Fünf Steher am Sonntag auf der Ritt-Arena. Lewanow, Roth, van Ruyf, Lebedt, Dobe und Corry werden sich am kommenden Sonntag auf der Ritt-Arena im „Brunn-Demle-Erinnerungspreis“ treffen. Hervorragende Fliegerrennen umrahmen das Programm.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachr. verb.) Bedeudend wolfig und wieder ziemlich kühl, etwas windiges Wetter ohne erhebliche Niederschläge. — Für Deutschland: In der nordöstlichen Hälfte Deutschlands unbeständig und trüblich Regen, im Südwesten trocken und gelinde heißer; überall ziemlich kühl.



# MAGGI'S Fleischbrühwürfel

sind mit bestem Fleischextrakt und feinsten Gemüseauszügen auf das sorgfältigste hergestellt. — Man achte beim Einkauf auf den Namen MAGGI und die gelb-rote Packung.

**Der Kampf um die Grundsteuer.**

Die im Juni dieses Jahres von der Berliner Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion mit Hilfe der Linksmehrheit beschlossene Staffelform der Grundsteuer für die Stadt Berlin, wurde im Juli vom Oberpräsidenten Dr. Meier abgelehnt und ihr die behördliche Genehmigung der Aufsichtsbehörde verweigert. Gegen diesen Entscheid des Oberpräsidenten hatte der Magistrat eine ausführlich begründete Beschwerde an das Ministerium des Innern eingereicht. Dicht hat auch der Minister des Innern gemeinsam mit dem preussischen Finanzminister die Genehmigung der Berliner Grundsteuerstaffelung verweigert. In der Begründung heißt es u. a.:

„Der Magistrat irrt zunächst, wenn er meint, daß es den Gemeinden frei stehe, in ihren Grundsteuerordnungen Befreiungs- und Ermäßigungs Vorschriften vorzusehen, auch wenn diese im Gesetz nicht ausdrücklich aufgeführt sind. Die Frage, ob ein Grundstück der Gemeindegrundsteuer unterliegt oder von ihr befreit ist, ist, soweit es sich um die positiven Voraussetzungen der Steuerfreiheit handelt, lediglich nach den Vorschriften im § 24 A. O. zu beurteilen. In diesem ist die Frage der Steuerbefreiung erschöpfend geregelt. Daneben kommen Steuererlasse und -niederschlagungen nur in Einzelfällen aus besonderem Anlaß in Frage.“

Abgesehen hiervon wird die Höhe der beschlossenen Zuschlagsätze, wie auch der Magistrat Berlin zutreffend ausführt, von der Auswirkung der eingeführten Steuererleichterungsvorschriften wesentlich beeinflusst. Die Auswirkung dieser Vorschriften ist aber andererseits wiederum von dem Verhalten des einzelnen Grundstückbesizers abhängig, auf den ein Zwang zur Stellung des fast ausschließlich im Interesse seiner Mieter liegenden Steuererleichterungsantrages nicht ausgeübt werden kann. Es besteht daher die Tatsache, daß nach der von der Stadt Berlin getroffenen Regelung die Entscheidung darüber, mit welchem Hundertsatz ein einzelnes Grundstück mit Grundvermögenssteuer belastet wird, zu einem wesentlichen Teil in die Hand des Steuerpflichtigen gelegt ist. Damit ist der Rechtsboden der Realsteuer völlig verlassen und namentlich auch gegen den Grundlosh der gleichmäßigen Heranziehung aller der Besteuerung unterworfenen Steuerpflichtigen verstoßen.

Schließlich sprechen auch die vom Oberpräsidenten bereits zutreffend gewürdigten Bedenken, daß die getroffene Regelung eine ungewöhnlich hohe Belastung nur verhältnismäßig weniger Mieter zur Folge habe, und daß unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Leistungsfähigkeit des Wohnungsinhabers vielfach nicht in einem bestimmten Verhältnis zur Wohnungsverhältnisse stehe, gegen die von der Stadt Berlin beabsichtigte Regelung der gemeindlichen Zuschlagsätze.

Nach diesem ablehnenden Bescheid haben die sozialdemokratischen Vertreter im Hauptausschuß des Preussischen Landtages einen neuen Vorstoß auf Genehmigung der Grundsteuerstaffelung gemacht. Sie sind dabei auf den enstehenden Widerstand sämtlicher bürgerlicher Parteien gestossen. Der deutsch-nationale Abgeordnete Kaufhold hatte die Forderung, davon zu sprechen, daß der Landtag nicht dazu da sei, die Stadt Berlin „aus der finanziellen Miswirtschaft zu befreien, die sie in den letzten Jahren getrieben habe“. Diese angebliche Miswirtschaft hat Berlin unter einem Mann wie Dr. Karling getrieben. An ihr haben sich alle bürgerlichen Parteien im Rathaus ohne Unterschied beteiligt. Der Kampf der bürgerlichen Parteien gegen die Grundsteuerstaffelung zeigt aber, wie sehr dem Bürgerum daran liegt, jeden sozialen Einschlag in die Steuergebarung der Gemeinden zu unterdrücken.

Zunächst sind die Einwände, die in rechtlicher und materieller Beziehung gegen die Grundsteuerstaffelung erhoben werden, vollkommen abwegig. Nicht die Grundsteuerstaffelung würde dieser Steuer den Charakter einer Realsteuer nehmen. Sie ist schon heute überhaupt keine Realsteuer mehr, sondern eine reine Kopfsteuer. Der Preussische Landtag hat bei der Hauszinssteuer, die ihrem Wesen nach der Grundsteuer vollkommen gleichartig ist, solche sozialen Gesichtspunkte durchaus berücksichtigt und auf dem Wege über Ermäßigungs- und Befreiungsvorschriften hier bereits einer weitergehenden Staffelform die Wege gebahnt. Was der Hauszinssteuer recht ist, sollte auch der Grundsteuer billig sein. Der Kampf um eine sozialere Gestaltung darf keineswegs aufgegeben werden. Der Preussische Landtag wird sich sowieso nicht nur mit der Verringerung des Kommunalabgabengesetzes, sondern auch mit der Neugestaltung der Grundsteuer beschäftigen müssen, wenn auf Grund des Reichsbewertungsgesetzes die nötigen Unterlagen für eine Neugestaltung der Steuer geschaffen werden. Dann wird der Kampf von neuem beginnen müssen, denn der heutige Zustand ist auf die Dauer vollkommen unerträglich.

**Umständliche Fahrt nach Treptow.**

Zu unseren Ausführungen über den mangelhaften Verkehr auf der Linie 93 wird uns noch geschrieben: Die Linie 93 ist auch für die Bewohner des Südostens als einzige Verbindungslinie nach dem Treptower Park von Bedeutung. Für die Bewohner der Gegend Urbanstraße-Hasenheide besteht eine direkte Verbindung nach Treptow nicht, sie müssen vielmehr die Linien 4 oder 9 benutzen und am Görlitzer Bahnhof in die Linie 93 umsteigen. Die Linien 4 und 9 machen ihren berechtigten Umweg über den Reuterplatz, wodurch die Verbindung sehr ungünstig wird. Da nun

die Wagen der Linie 93 in großen Abständen fahren, so braucht man, um nach dem Treptower Park zu gelangen, unter Einrechnung der Wartezeiten annähernd 40 bis 45 Minuten, obwohl die Entfernung in der Luftlinie kaum mehr als 3 Kilometer beträgt. Da heute kaum jemand in der Lage ist, an Wochentagen für Hin- und Rückfahrt 1 1/2 Stunde aufzuwenden, um an eine Erholungsstätte zu gelangen, so müssen die meisten Bewohner des Südostens darauf verzichten, den Treptower Park aufzusuchen, obwohl er doch für sie die gegebene Erholungsstätte bildet. Damit entfällt für sie leider auch die Möglichkeit, die Treptower Sternwarte zu besuchen und sich ihrer wichtigen Bildungs- und Belehrungsmittel zu bedienen. Es wäre zu wünschen, daß, wenn schon eine direkte Verbindung nach Treptow nicht möglich ist, die bestehende Verbindung so ausgebaut würde, daß die Bewohner des Südostens den Treptower Park in etwa 20 bis 25 Minuten erreichen könnten.

**Am Sonntag, den 26. September veranstaltet der Bezirksverband der SPD. Berlin für den verstorbenen Genossen Richard Fischer eine Trauerfundgebung**

Die Feier beginnt pünktlich 11 Uhr vormittags und findet statt im Blüthner-Saal, Lühnowstraße 76. / Eröffnet wird die Feier durch die Ouderräre zu „Coriolan“ von Beethoven, dann wird der Genosse Hermann Müller-Franken die Verdienste des Verstorbenen und die Bedeutung seines Wirkens für das gesamte Proletariat würdigen. Abgeschlossen wird die Feier mit dem Trauermarsch aus der „Crisis“ von Beethoven. / Die Musik wird ausgeführt vom Berliner Sinfonie-Orchester unter Leitung von Herrn Kapellmeister Joseph Sineslein.

Einlasskarten sind im Bezirkssekretariat, Lindenstr. 3 anzufordern. / Fernsprecher: Amt Dönhoff 5086-88

**Aus den Bezirken.**

**1. Bezirk — Mitte.**

Die erste Sitzung der Bezirksversammlung nach den Ferien fand sich in der Hauptsache mit den Räten der Erwerbslosen und sonstigen Unterstützungsberechtigten. Eine Anfrage der SPD. über ein angebliches Abkommen, dem Deutschen Theater eine Steuerschuld von 72 000 M. gegen Herabgabe einer Anzahl Theaterkarten zu erlassen, gab dem Genossen Bürgermeister Schneider sowie unserem Fraktionsredner Genossen Weinberg Gelegenheit, den Kommunisten nachzuweisen, daß es sich nur um einen Versuch handelte, Stimmung gegen die Sozialdemokraten, insbesondere gegen den Genossen Schneider zu machen. Injere beiden Fraktionsredner konnten nachweisen, daß Bürgermeister Schneider lediglich als Vorsitzender eines von der zentralen Deputation für Kunst- und Bildungsweisen in der Sitzung vom 27. März 1926 eingeleiteten Ausschusses im Beisein deselben (dem Bürgermeister Augustin-Charlottenburg, Bürgerdeputierter Baron (SPD.), Prof. Lehner, Intendant der Staatstheater, der Stadtverordnete Justizrat Hallensleben angehörten) Verhandlungen mit der Direktion des Deutschen Theaters geführt hat. Die Deputation für Kunst- und Bildungsweisen hat dann unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters in der Sitzung vom 22. Juni 1926 beschlossen, dem Deutschen Theater eine Steuerschuld gegen Herabgabe von Freikarten für Kinderdemitelle zu erlassen. Diesem Beschluß ist der Magistrat in seiner Sitzung vom 23. Juni 1926 nicht beigetreten. Bürgermeister Schneider teilte weiter mit, daß das bisherige Einziehungssystem für die Lustbarkeitssteuer eine Änderung erfahren wird, um künftig ein so großes Anwachsen von Steuerrückständen zu vermeiden. Einem von uns gestellten Antrag wegen Belieferung von kommunalen Zeitschriften an die Bezirksverordneten ist das Bezirksamt beigetreten. Die verschiednenen Anträge unserer Partei, welche sich mit den Maßnahmen für die Erwerbslosen, Beschaffung geeigneter Räume, Schulpflegung der Kinder usw. beschäftigen, wurden einem Ausschuss zur Eledigung überwiesen. Ein weiterer Antrag der SPD. gegen die Verschandelung der Straße unter den Linden durch den Bau von Hochhäusern bzw. Aufstodungen, gelangte zur Annahme. Die heutige Bauordnung gibt keinerlei Veranlassung durch gesetzliche Bestimmungen, die Höhe der einzelnen Gebäude nach unten zu bestimmen und daher muß es die Aufgabe der Stadtverordnetenversammlung sein, auf eine Abänderung zu dringen. Die Zustände, die sich vor einiger Zeit im Wohlfahrtsamt abspielten, gaben unserer Fraktion Veranlassung, eine Änderung derselben zu beantragen. Die Betreuung der entlassenen Strafgefangenen durch das Wohlfahrtsamt in ungenügenden Räumen macht die Anmietung geeigneter Räume und die Einstellung weiterer Angestellter erforderlich. Der erforderliche Schutz von Leben und Gesundheit der mit der Abfertigung beauftragten Beamten muß gewährt werden. Bei dieser Gelegenheit wurde von der SPD. die Zurückziehung der Polizei aus dem Gebäude des Wohlfahrtsamts verlangt. Genosse Schneider wies darauf hin, daß, solange die Tätigkeit der Beamten derartig geführt werde, an eine Zurückziehung der Polizei nicht gedacht werden könne. Auch bei dieser Gelegenheit zeigten die Vertreter der SPD., daß es ihnen gar nicht auf praktische Beteiligung ankommt. Genosse Schneider appellierte bei dieser Gelegenheit an die tatkräftige Mitarbeit der Mitglieder und Vorsteher der Wohlfahrtskommission, damit eine Betreuung aller Unterstützungsbedürftigen gewährleistet werden kann.

**4. Bezirk — Prenzlauer Berg.**

Die Bezirksverordnetenversammlung am 15. September, die erste nach den Ferien, hatte eine sehr reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Es wurden Beschlüsse gefaßt über Verpachtung von Gelände, die Ausweisung einer Freifläche, die Neuwahl eines Verwaltungsausschusses mitglied des Jugendamts, zum Haushaltsplan 1927, den Ankauf von Gelände u. a. m. Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde beschlossen, daß das Bezirksamt beim Magistrat darauf hinwirken soll, 1. daß bei sämtlichen Bauten, die von der Wohnungsfürsorge durch Hauszinssteuer oder sonstige Zuschüsse belassen werden, die handwerklichen Arbeiten vorzugsweise in Berlin ausgeführt werden, um die erschreckend steigende Zahl der erwerbslosen Facharbeiter herabzumindern; 2. daß Firmen, die dieser Bestimmung zumiderhandeln, von der Begebung von Baugeländern ausgeschlossen werden; 3. daß Firmen, die Spezialarbeiten, die in Berlin nicht hergestellt werden, von außerhalb beziehen, die Herstellungskosten entsprechend den niedrigen Tariflöhnen der Provinz in die Kaufsumme einzulassen haben, um dadurch den Wohnungsbau zu verbilligen; 4. daß die für Hochbauten bestehenden Verträge mit Baufirmen und Gesellschaften einerseits und den Wohnungsfürsorgegesellschaften der Stadt andererseits sofort einer Prüfung zu unterziehen sind; 5. bei der Reichsbahn-Gesellschaft den sofortigen Bau einer Bedürfnisanstalt am Bahnhof Prenzlauer Allee zu fordern; 6. den Magistrat zu ersuchen, die Richtlinien über Familienfürsorge schnellstens zur Durchführung zu bringen. Moniert wurde, daß die Verbreiterung der Eisenbahnbrücke Schönhauser Allee immer noch nicht zur Durchführung gekommen ist. Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen 1. bei allen Unterstützungsempfängern der Erwerbslosenbeihilfe bei der Berechnung des Existenzminimums für Erwerbslose und ihre Angehörigen, den eventuellen Verdienst anderer Familienmitglieder nicht mehr in Anrechnung zu bringen; 2. die Schulpflegung sofort in größerem Umfang durchzuführen und Erhebungen anzustellen darüber, wieviel Kinder täglich ohne erstes und zweites Frühstück zur Schule gehen, und damit eine Befragung und Feststellung über Schlafverhältnisse, Bekleidungsbedingungen usw. zu verbinden. Eine interessante Diskussion wurde hervorgerufen durch einen Antrag der SPD-Fraktion, den Magistrat durch das Bezirksamt zu ersuchen, für das kommende Jahr allen Berliner Bezirken Mittel zur Ausgestaltung einer einheitlichen Bezirksschulverfassungsfest zur Verfügung zu stellen und durch die Zentrale Bahn zu wirken, daß in allen Bezirken Verfassungsfest dieser Art veranstaltet werden, um die heranwachsende Jugend mit achtungsvoller Hingabe an das republikanische Vaterland zu erfüllen. Von einem Vertreter der D. Sp. — einem Schulleiter — wurde die Feier in Form einer Kritik, die besser sei, als nicht gelungen bezeichnet und an Hand einer pädagogischen Zeitschrift nachzuweisen versucht, daß ein großer Teil der Schulleiter der Meinung ist, daß es besser sei, in der Schule zu bleiben und dort die Feiern abzuhalten. Zum Schluß empfahl er noch den 18. Januar als Feiertag. Von den Dnat. wurde der Antrag glatt abgelehnt; für sie sei der Tag kein Feiertag. Von dem Vertreter der demokratischen Fraktion wurde der Antrag warm befürwortet. Der Gedanke, daß die Verfassungsfest eine Volksfeier ist, mußte sich Bahn brechen. Der Redner der SPD-Fraktion glaubte, daß das deutsche Proletariat keine Veranlassung habe, den Verfassungstag zu feiern und forderte an Stelle dieser Feier die Feier des 1. Mai. Von ihnen wurde der Antrag abgelehnt. Die Redner der SPD-Fraktion schilderten auf Grund ihres Eindrucks und besonderer Fälle bei der auf den Spielplätzen an der Schönhauser Allee stattgefundenen Feier, deren Wirkung auf die Kinder, und verteilten mit Nachdruck die Forderung, daß die Feiern aus der unkontrollierbaren Enge der Schule in die Öffentlichkeit hinausgezogen und in die Herzen der Kinder die Liebe zur Republik gepflanzt werde. Der Antrag wurde dann auch mit Mehrheit angenommen.

**14. Bezirk — Neukölln.**

Die Bezirksverordnetenversammlung vom 15. September beschloß, die durch den Tod des Genossen Dr. Silberstein freigewordene Stelle des Dezernenten für das Gesundheitswesen durch Neuwahl eines besoldeten Stadtrats wieder zu besetzen. Der am 30. September d. J. ablaufende Vertrag mit der „Ufa“, die das „Städtische Lichtspielhaus“ gepachtet hat, soll nicht mehr erneuert werden, da diese Räume für Schulen, für die Jugend und auch für Veranstaltungen der erwachsenen Bevölkerung Verwendung finden sollen. Die Mittel zur Herstellung der Räume wurden gegen die Stimmen der Bürgerlichen bewilligt. Die Kommunisten benutzten diese Gelegenheit zu einem Vorstoß gegen die Arbeit des Volksbildungsamts im Vorjahr. Es wurden ihnen aber dafür, wie auch der Bürgerlichen Vereinigung, von unserem Redner recht derbe Wahrheiten gesagt. Nachdem schon im Mai dieses Jahres Bezirksamt und Bezirksversammlung sich einmütig für die Erhaltung des alten Baumbestandes in der Hasenheide ausgesprochen hatten, hat trotzdem der Berliner Magistrat einen Beschluß gefaßt, daß die Straßenbahn wieder durch die Hasenheide geführt werden soll. Da der Bahnkörper in einen besonderen Grünstreifen gelegt werden soll, müßte die Fahrbahn für die übrigen Fuhrwerke erweitert werden, was die Befestigung des alten Baumbestandes der Hasenheide zur Folge hätte. Gegen dieses Projekt wenden sich Bezirksamt und Bezirksversammlung mit aller Energie. Es soll mit allen Mitteln versucht werden, die Bäume zu erhalten, was durchaus möglich wäre, wenn die Straßenbahn nach wie vor durch die Urbanstraße geführt wird. Mit der gleichen Energie

In der Sportpause spendet unsere  
**Massary Perle**  
Erholung u. wahren Genuß

NUR 4,-

DIE Massary Perle IST ECHT













Geschäftliches.

Der neue Brief- und Briefkasten der Firma Boer Sohn & Co., eigene...

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Nach Ansicht der Bestätigung des Genossen Richard Fischer wird...

- 1. Kreis Mitte, heute, Freitag, 24. September, 7 1/2 Uhr, in den Sophien...

heute, Freitag, 24. September: 25. Abt. Die Bezirksleiter werden ersucht, bis spätestens zum 26. September...

136. Abt. Kreisleiter-Abt. Die Bezirksleiter müssen unbedingt bis zum...

Morgen, Sonnabend, 25. September:

- 44. Abt. Von 4-6 Uhr Abrechnung der Bezirksleiter beim Genossen...

Jungsozialisten. Heute, Freitag, 24. September:

Gruppe Realien I: 8 1/2 Uhr in der Kinderleschule, Kappelerstr. 11/12...

Frauenveranstaltungen am Sonnabend, 25. September:

123. Abt. Kaufleute-Abt. Die Genossinnen treffen sich 8 Uhr im Noyerheim...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

22. Abt. Am Montag, 20. September, verstarb unser Genosse Julius...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

heute, Freitag, 24. September, abends 7 1/2 Uhr: Erziehungskreis...

Heißer Abend. - Rosenkranz-Verein: Schule Gipsstr. 2a. Vortrag: 'Sag...

Verbelegte Kängies: Sonntag, 26. September, in Erfner (Jugendheim...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold'

Geschäftsstelle: Berlin 614, Sebaltsstr. 27/28, Hof 2 Tr. Gewerkschaft...

Freiwillige Feuerwehr des 14. Bezirks. Die Jugendweib...

Billige Lebensmittel

Advertisement for 'Billige Lebensmittel' featuring various food items like Gemüse, Obst, Fleisch, Gefrierfleisch, and Käse with prices.

Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. Seit Bildung der Generalversammlung...

Industrie- u. Handelskammer zu Berlin Kaufmännische Schulen

Unterem Genossen Erich Müller die herzlichsten Glückwünsche...

Deutscher Metallarbeiter-Verband Sonntag, den 20. September, vormittags 10 Uhr...

Advertisement for 'Drillinge ein seltener Fall' featuring a baby in a stroller and 'Metzner aber überall!'

Verkäufe: Brillewagen, Schilddrüse, Schilddrüse, Schilddrüse, Schilddrüse...

Getragene Herrenoberbekleidungsstücke für formidabel...

Übler Mundgeruch wirkt abstoßend. Häßlich gefärbte Zähne...

Wollfaden billig! Guter Wollfaden...

Möbel: Schloßkassengänge, Bettkassengänge, Schloßkassengänge...

Musikinstrumente: Wiener preiswert, Klaviermacher...

Kaufgesuche: Schreiber sucht Einienstraße 13.

Unterricht: Kaufmännische Privatschule von Hans...

Vermietungen: Zwei Zimmer und Küche im Tau...

Arbeitsmarkt: Verleihe Eisenstapfen, kleine...